

MIT ALLERHÖCHSTER BEWILLIGUNG.



Breslauer

Zeitung.

Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

Nº 26.

Freitag den 31. Januar

1845.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 9 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Reisebilder aus der Lausitz. 2) Correspondenz aus Breslau, Brieg, Warmbrunn, aus dem Kreuzburger Kreise.

Inland.

Berlin, 28. Jan. Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht, den seitherigen Regierungsassessor Rittergutsbesitzer von Arnim auf Bortickow, zum Landrat des Kreises Angermünde, im Regierungsbezirk Potsdam, zu ernennen. — Dem Reichsmacher J. C. Kray und dem Gelbgießer Eduard Steinhach zu Elberfeld ist unter dem 23. Januar 1845 ein Patent auf einen Webstuhl-Regulator in der durch Modell und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden. — Das dem Mechaniker Adalbert Kunth zu Berlin unter dem 31. Mai 1842 ertheilte Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte, als neu und eignethümlich erkannte Maschine zum Schneiden der Korkstropfen, wird hiermit für erloschen erklärt.

✓ Berlin, 28. Januar. Hr. Walzer hat in seiner Schrift: „Pressefreiheit und Censur mit Rücksicht auf die Dreiener Wallfahrt“, neben vielen überreichten Behauptungen, auch die sehr richtig aufgestellt: daß der Katholizismus selbst das Prinzip der Reformation in sich getragen habe. Die Reformation selbst aber, wie sie vor drei Jahrhunderten als eine historische Thatzache hervorgetreten, sieht er für den eigentlich verlornten Sohn an, durch welchen sich das reformatorische Prinzip der Geschichte „emancipirt“ habe und darum aus dem „conservativen“ Prinzip herausgefallen sei, weshalb mit dieser Zeit so schwere und verhängnisvolle Entwickelungen in dem Leben des ganzen Europa begonnen hätten. Das reformatorische Prinzip, das also nach Hrn. Walzers Meinung im Schoose des Katholizismus selbst conservativ geblieben sein würde, wurde durch dies Herausfallen aus demselben auf ganz verlorne Wege verschlagen, auf denen es, durch den hinter ihm herdonnenden Fluch des Himmels, auf der einen Seite in die Abgründe der Revolution, auf der andern Seite in den Rachen der die Vergötterung des Selbstbewußtseins lehrenden Philosophie hineingetaumelt sei. Diese Wanderungen, welche Hr. Walzer das reformatorische Prinzip antreten läßt, haben eine gewisse thatzhümliche Richtigkeit, obwohl sie durch die ächte historische und gedankenmäßige Auffassung natürlich in einen ganz andern Zusammenhang sich reihen. Wie bewundern an dieser ganzen Auseinandersetzung des Hrn. Walzer blos, daß er sie überhaupt gemacht hat, da sie uns durchaus nicht in seine hierarchische Logik, mit der er sonst die neuen katholischen Bewegungen zersezken will, hineinzupassen scheint. In früheren Zeiten war diese Logik Roms tourniert gewandt, jetzt muß sie sich durch Hrn. Walzer in ihr eigenes Gesicht schlagen lassen, da durch die Anerkennung des Saches, daß die katholische Kirche der ursprüngliche Boden für die Reform sei, dem neuen reformatorischen Katholizismus, den Hr. Walzer bekämpfen will und soll, das wesentlichste Zugeständniß gemacht worden ist. Etwas Anderes wollten auch wir in unserm Artikel vom 23. Dezember v. J. (Nr. 303 der Bresl. Ztg.), wegen dessen Hr. Walzer mit einer ganz interessanten Gebärde die Hände über den Kopf zusammengeschlagen, nicht ausdrücken. Wir bezeichneten dort die Rückwirkungen der neuen katholischen Kirchenreform auf eine gesunde Entwicklung des Protestantismus selbst, indem auch der protestantische Jesuitismus fallen müsse, wenn die katholische Kirche, in sich selbst auf den Weg der Reform zurückkehrend, dadurch eine wahrhaft evangelische Basis gefunden habe. Hr. Walzer fordert deshalb mit einem durchdringenden Zetereschrei auch die

ganze protestantische Christenheit heraus, auf ihrer Hut zu sein, und vermutet nichts Geringeres, als einen Umsturz der ganzen „christlichen Monarchie“, woran er schon die „schlechte Presse“, mit den Mordwerkzeugen des neuesten Gespenstes, des „Communismus“, in der Hand, grimmig arbeiten sieht. Wir bitten den fürbischöflichen Consistorialrath, sich dieserhalb persönlich zu beruhigen, da es sich hier nur um einfache, vernünftig gemäß und historisch berechtigte Entwickelungen handelt, die zum Frieden der Geschichte ausschlagen und in diesem Frieden sich verwirklichen werden. Was übrigens den protestantischen Jesuitismus anbetrifft, so ist dieser keine Chimäre, sondern er hat Fleisch und Blut, und wuchert bald auf fettem, bald auf dürrer Boden ziemlich gedeihlich in der Zeit fort. Einen fetten Boden für ihn nennen wir aber nicht den Huber'schen Janus. Von dem letzteren ist in diesen Tagen das zweite Heft erschienen, welches in einem leitenden Artikel: „Woher die rechten Leute nehmen?“ die weiteren Bekennnisse und Verzweigungen seiner Tendenz schon unumwunden ausspricht. Hr. Huber will hier zeigen, daß nicht blos die „schlechte Presse“ sich mit dem Wohl der untern Volksklassen beschäftige, sondern daß auch die „gute Presse“ ihren Anteil daran nehme, und dann natürlich den entscheidenden. Seine Bestrebungen für die untern Volksklassen beginnt Hr. Huber mit Betrachtungen über die Verbesserungen des Polizei- und Gefängnißwesens, für welche Institute er eine christliche Grundlage verlangt, und zu deren Verwaltung in diesem Sinne dann eben die „rechten Leute“ erst gesucht werden. Hr. Huber weist hier auf die „Bruderschaft des rauen Hauses“ hin, welche aus der bekannten Wichern'schen Anstalt für stellich verwahrlöste Kinder, die in Horn bei Hamburg besteht, sich entwickelt hat, und jetzt auch bei uns eine Ankündigung zu finden scheint. In seinem Feuilleton wirkt Hr. Huber wieder einen sehr zweideutig schillernden Blick auf die „Neukatholischen“, deren Bewegung ihm immer „bedenklicher“ erscheinen will, besonders auch deshalb, „weil sie sich hauptsächlich in Ton und Haltung der anmaßenden, geistlosten, trivialsten Verbildung oder Halbbildung bewegt.“ Dies ist denn blos eine neue Umschreibung für die „schlechte Presse“, in deren Bekämpfung gerade nach dieser Seite hin Hr. Huber und Hr. Walzer sich würdig begegnet haben.

✗ Berlin, 28. Januar. Aus Schneidemühl sind auf privatbrieflichem Wege seltsame Nachrichten eingelaufen, die ich Ihnen als vollkommen verbürgt wieder gebe. Der katholische Probst Busse ertheilte kürzlich dem Nachtwächter des Reviers, in welchem Egerski wohnt, die Weisung, sich in der nächsten Nacht um einige Lärm, der vielleicht vor der Wohnung des genannten Priesters entstehen könne, nicht weiter zu kümmern. Der Nachtwächter nimmt diese Weisung arglos auf, erzählt sie aber zufällig einem Gerichtsschreiber. Diesem erscheint die Sache verdächtig; er macht sofort weitere Anzeige davon. Der Nachtwächter wird protokollarisch vernommen und da sich Alles bestätigt, seine Aussage sofort an den Landrat befördert. Was sich hier weiter aufklären wird, steht noch dahin. Die Freunde Egerskis halten sich in dieser Nacht zahlreich um ihn geschaart, und so mag es gekommen sein, daß nichts vorsiel. Es sind übrigens fortwährend zahlreiche fremde Priester in Schneidemühl anwesend und Egerski hat bereits mehr als einmal sehr fanatische Drohbriefe erhalten. Hier ereignete es sich kürzlich, daß ein achtbarer katholischer Einwohner, der sich bei der Bestreitung, eine Berliner Gemeinde im Sinne der Schneidemühler zu begründen, sehr hervorgethan hat, thäl-

hen Angriffen ausgesetzt ward. Es geschah dies am hellen Tage bei dem Eintritte desselben in die katholische Kirche. Mehrere Männer ergripen ihn und suchten ihn fortzuschleppen. Da es auf das Dazwischen-treten Dritter unterblieben mußte, so erneuerten sie den Angriff nach beendetem Gottesdienst noch einmal. Sie hatten es ersichtlich darauf angelegt, den Bedrohten in ihre Gewalt zu bekommen. Dieser hatte sich indes einem andern Katholiken angeschlossen, in dessen Gegenwart die Angreifenden nichts vorzunehmen wagten. Sie begnügten sich daher, einige Straßen hinterher zu schreiten und die beleidigendsten Schmähungen auszustoßen. Als der Insultierte sich hierüber später bei einem katholischen Geistlichen beschwerte, soll dieser ihm erwiedert haben, er möge daran erkennen, mit welchem Eifer die Anhänger der heiligen Sache beisammen ständen. (!) — Die Lebenszukunft unsers Lokalvereins für die Arbeiterklassen scheint mit der beendeten Statutenberatung und der in ziemlich gewisser Aussicht stehenden Genehmigung der Regierung noch keineswegs gesichert zu sein. Große Fabrikbesitzer sind durch mancherlei Wendungen und Ausdrücke in den Generalversammlungen auf das Empfindlichste verlegt worden und lassen es nicht an allerlei Versuchen fehlen, der Sache noch ein Bein unterzuschlagen. Einige „Eingesandte“ der Wossischen Zeitung über die unpraktischen Wege, welche der Verein bis jetzt verfolgt habe, sind in jenem Sinne zu deuten. Diesen Herren ist auch die reformirende Beschlusnahme der letzten Generalversammlung sehr ungelegen gekommen, weil sie wohl dar-auf rechneten, daß die Regierung der früheren Beschlus-sung von monatlichen Bezirksversammlungen ihre Genehmigung nicht ertheilen würde. Es ist dies Alles im hohen Grade zu beklagen und weder ein Beweis von Einsicht in die Macht der Dinge, noch auch von patriotischem Bürgersinn. Möchte man sich endlich überzeugen, daß nur gemeinsames und kräftiges Handeln dem drohenden Ubel nachhaltig entgegen treten kann. Wir vernehmen bis jetzt nur Worte und unter diesen zur Hälfte fruchtloses Gejänk. — Die ihnen schon gemeldeten geistreichen Vorlesungen des Dr. Stern über die Bedeutung des Judentums in der Gegenwart werden unter lebhaftem Beifall fortgesetzt. Einen besonders eignethümlichen Eindruck machte es in der letzten Vorlesung, von einem Juden vor einer zumeist aus Juden bestehenden Versammlung die Mission des Christentums in begeisterten Worten darlegen zu hören. Es ist dies ein Zeichen der Zeit, woran sich manches knüpft und woraus sich mehr nachfolgern ließe. — Unsere Karnevalszzeit ist überaus rauschend. Die zahlreichsten und glänzendsten Maskenbälle treiben sich förmlich; dazwischen Opern, Konzerte und andere Genüsse. Man darf indes nicht glauben, daß darüber höhere, besonders politische Interessen verabsäumt würden. Man sieht im Gegenthil der Größnung der Provinzialablage mit großer Spannung entgegen und es sind sogar Anzeichen vorhanden, daß ihnen diesmal von hier aus eine thätige Theilnahme der Staatsbürger entgegen kommen wird, als jemals früher.

* Berlin, 28. Januar. Seit Kurzem unterhält man sich hier mit großem Interesse von öffentlichen Audienzen, welche Se. Maj. der König seinen Unterrthanen, zur unmittelbaren Kenntnisnahme von Beschwerden, an bestimmten Tagen künftig zu ertheilen gedenkt. Die in diesen öffentlichen Audienzen anzubringenden Gesuche und Beschwerden sollen aber erst von einer, aus erfahrenen und unabhängigen Männern niedergesetzten Kommission geprüft, und es sollen ganz unzus-

längige Gesuche, z. B. die wider rechtskräftige Erkenntnisse eingereichten Beschwerden, ohne Weiteres von geachteter Kommission zurückgewiesen werden. Die in monarchischen Staaten bestehende Einrichtung, wonach die Immunitätschirten und Beschwerden der Unterthanen an diejenigen Minister und Behörden zur Prüfung und Begutachtung, oft auch zur eigenen Entscheidung abgehen, deren frühere Entscheidungen grade die Bitten und Beschwerden hervorgerufen, kommt bei dieser Gelegenheit gleichfalls wieder zur Sprache, weil gerade darin die schwächste Stelle der Bureaucratie, die in der neuesten Zeit wieder so vielen Angriffen ausgesetzt gewesen, zu suchen ist. Eine von den Verwaltungs-Chefs ganz unabhängige Beschwerde-Prüfungs-Kommission dürfte die sicherste Kontrolle der höheren Staatsbeamten sein und würde das Vertrauen des Volks zur Verwaltung in hohem Grade festigen. — Die durch die Ernennung des Herrn Bode zum Präsidenten des Ober-Gensurgerichts im Ministerium des Innern erleidige Direktorstelle ist noch immer nicht besetzt. Man nennt den Geh. Ober-Regierungs-Rath Mathis im Ministerium des Innern und den Regierungspräsidenten zu Danzig, Herrn v. Blumenthal, der dann unsern Polizeipräsidenten von Puttkamer zum Nachfolger erhalten würde. Herr v. Blumenthal soll jedoch den Wunsch ausgedrückt haben, in seinem gegenwärtigen Wirkungskreise zu bleiben.

Am 27. Januar fand hier die General-Versammlung der Berlin-Frankfurter Eisenbahn statt, in welcher dieselbe den Verkauf der Bahn an die Mährisch-Niederschlesische genehmigte. Die Bors. Btg. teilt hierüber Folgendes mit: Herr Major von Buddenbrock, als Vorsitzender des Verwaltungsraths, eröffnete die Versammlung dadurch, daß er auseinandersetzte, wie der Verkaufs-Vertrag für die beiderseitigen Theile Vortheile bringe; der mährisch-niederschlesischen Bahn durch Erwerbung eines Anfangspunktes ihrer Bahn, an dem Sitz der Verwaltung, durch einen vortheilhaftem Anknüpfungspunkt in Frankfurt und durch Acquisition eines vortrefflichen Beamten-Personals. Der Frankfurter Bahn erwächst der Vortheil einer sicheren Rente statt einer variablen, und somit das Vermeiden aller künftigen Wechselseiten. Nicht immer dürfte auch auf eine Direktion zu zählen sein, welche sich ihrem Beruf mit solchem Eifer hingäbe. Endlich erwächst der Allgemeinheit der große Vortheil, daß der ganze Verkehr in eine Hand kommt. — Der Herr Vorsitzende macht bemerklich, daß der Vertrag, obgleich die einzelnen Artikel erwogen werden müßten, um die Bedeutung des Ganzen gehörig zu erkennen, doch nur einfach angenommen oder einfach verworfen werden könne. — Erfordert den Hrn. Geh. Tribunals-Rath Höppé auf, einen angemeldeten Vortrag über das Formelle der heutigen General-Versammlung zu halten. — Der Vorsitzende der Direktion, Herr Henoch, zeigt an, daß die Direktoren darauf angetragen haben, die Appoints à 100 und à 50 p.C. stellen zu lassen, statt der im Vertrag angenommenen 100 und 62½; jedoch hat der Herr Finanzminister diesen Antrag entschieden abgelehnt. —

Herr Geheimer Ober-Tribunals-Rath Höppé erläutert jetzt seinen Antrag. Er hat das Bedenken, daß die heutige General-Versammlung mit einfacher Majorität votiren könne, weil in der General-Versammlung am 14ten Dezember nicht abgestimmt worden sei, und das Statut besage, daß bei der Abstimmung $\frac{3}{4}$ der anwesenden Stimmen vertreten sein sollen. — Der Syndikus der Gesellschaft Hr. Justiz-Rath Geppert widerlegt dieses Bedenken. Er erklärt, daß die Abstimmung unterblieben sei, weil die Zahl der Versammelten nicht die erforderliche gewesen sei, mithin die Abstimmung eine ganz leere Form geblieben sein würde. Der Sinn des Statuts ist nur der, daß man die Gewißheit von der gehörigen oder nicht gehörigen Zahl der Stimmfähigen habe, und im letztern Fall sei die Unmöglichkeit einer gültigen Abstimmung von selbst gegeben, dürfe also nicht erst durch die Form bestätigt werden. Nach einigen Diskussionen wurde diese lezte Ansicht mit Acclamation angenommen. — Hiernächst schritt man zur Haupfrage, und der Vorsitzende der Direktion, Hr. Henoch, las den bereits von der Gesellschaftsbehörde abgeschlossenen Vertrag vor, der jetzt der Bestätigung der General-Versammlung unterworfen werden sollte. Nach der Vorlesung des Vertrags, der nur einige unerhebliche Erläuterungen für die einzelnen Paragraphen veranlaßte, schritt die Versammlung zur Abstimmung, die der Befugniß des Herrn Vorsitzenden des Verwaltungsraths gemäß, so angeordnet war, daß sie offen geschah. Es waren 1022 Stimmen vertreten; 1021 stimmten für den Verkauf, 1 dagegen.

Auch der Stellung der Justiz-Subalternbeamten soll der neue Chef der Justiz in Folge der vielen eingehenden Gesuche größere Aufmerksamkeit zuwenden. Namentlich sind es die pecuniären Verhältnisse derselben, welche von Tag zu Tag drückender für sie werden in Folge der fortwährend im Steigen begriffenen Lebensbedürfnisse, besonders da sie hinsichtlich ihres Einkommens den Subalternen der Verwaltungsbehörden nachstehen. Hier ist zuvor der Chef der Justiz-Subalternbeamten, welche mit größerem freiem Gehalte vorhanden sind, größer, und zudem erhalten dieselben alljährlich

bestimmte Zulagen, während bei den Justizbehörden dieselben nicht allgemein vorkommen, und oft deren Verleihung einzige und allein von dem Gutbluten der Chefs abhängen, während bei den Verwaltungsbehörden jedem Beamten ohne Ausnahme dieselben zu Theil werden, ein jeder derselben darauf mit Sicherheit rechnen kann und selbe regelmäßig alljährlich zu bestimmter Zeit verliehen werden. In den größeren Städten ist vor Allem die Ausgabe für Wohnung für den Beamten bei den hohen und noch immer im Zunehmen begriffenen Mieths-Preisen eine sehr bedeutende; die Militärpersonen beziehen bekanntlich zur Besteitung derselben den Servis, der bei allen Civilbeamten gar nicht vorkommt. Nur den Chefs der Behörden sind entweder freie Dienstwohnungen angewiesen, oder sie beziehen statt derselben bedeutende Geldentschädigungen, die sehr hoch sind und bis zum jährlichen Betrage von 600 Thalern in den Provinzialstädten hinauf reichen, und somit den dort üblichen Hausmiethpreis um ein Drittel, oft um die Hälfte übersteigen. Diese Chefs beziehen dazu die höchsten Gehälter bis zu 4000 Thalern, und die gering besoldeten Subalternen, welche einer solchen Miethsentschädigung gleich den Subalternen beim Militär, die dieselbe beziehen, am meisten bedürfen, gehen leer aus. Einzelnen ist, wo es das Dienstlokal gestattet, freie Wohnung in demselben eingeräumt, oder sie entrichten einen geringen Procentsatz von ihrem Gehalte für diese Dienstwohnung; aber die Zahl dieser durch Zufall bevorzugten Beamten ist gering, wie die Dienstlokale in der Regel dazu keinen Raum barbeiten, so daß selbe in Bezug auf die große Beamtenzahl gar nicht in Be tracht kommt.

(Kölnische Btg.)

Posen, 26. Januar. In mehreren, selbst französischen und englischen Blättern ist neuerdings ein Prozeß besprochen worden, welcher über die Erbschaft der Frau Fürstin von Lowicz gegen Se. Maj. den Kaiser Nikolaus beim Kammergericht zu Berlin von hier aus anhängig gemacht und schon entschieden sein soll. Diese Mittheilungen sind indes nicht frei von Entstellungen, und sie berichtigten wir hiermit aus zuverlässigen Quellen: Die Fürstin von Lowicz, eine Tochter des Grafen Anton Grudzynski auf Siedlec in unserm Großherzogthum, starb als die Wittwe des Großfürsten Constantine im Jahre 1831, ohne Kinder und Testament. Obwohl der Großfürst nächst mehreren anderen Vermögen auch das Fürstenthum Lowicz, das Winterpalais zu St. Petersburg und das Schloß Belvedere zu Warschau ihr kontrakt- und testamentlich überreignet hatte, ging der gesamte Nachlaß dennoch und ausschließlich in den Besitz Sr. Maj. des Kaisers von Russland über, vorgeblich in Gemäßheit der kaiserlichen Hausgesetze. Dem trat der Graf Grudzynski entgegen, er stellte die Behauptung auf, daß die Fürstin niemals ein Mitglied der kaiserlichen Familie geworden, darum beanspruchte er mit seinen Kindern die ganze Erbschaft und gründete sich auf die damaligen Landesgesetze (Code Napol.) des Königreichs Polen, wo die Tochter gewohnt. Alle die Schritte, welche er des Endes wiederholt in Petersburg gethan, führten zu keinem Ergebnisse. Er, früherhin einer unserer gütigeren Magnaten, geriet zuletzt durch verschiedene unglückliche Verhältnisse in Schulden und starb vor 10 Jahren in den mißlichsten Vermögensumständen. Ueber seinen Nachlaß brach sogar der Konkurs aus, und da liegt es denn, bei dessen nunmehriger Beendigung, klar vor, daß die Masse eine nur äußerst geringe und kaum nennenswerthe Dividende für die Gläubiger gewährt. So wäre nun den Grudzynskischen Kindern die Beruhigung und Genugthuung abgeschnitten — die Schulden ihres Vaters bezahlt zu sehn. Um indes wenigstens das Ihrige nach besten Kräften zu thun, haben die Grudzynskischen Erben, so weit sie in Preußen wohnen, einen Theil von ihren Lowiczschen Erbschafts-Rechten an den beträchtlichsten der Konkursgläubiger, welcher weit mehr als 250.000 Thaler verliert, neuerdings in Zahlungstatt überreignet. — Seit des Grafen Todes geschah nichts zur weiteren Verfolgung der Sache. Es ist daher auch eine Klage wider Se. Majestät den Kaiser von Russland bis jetzt nicht angestellt, und vollends unbegründet ist es, daß der hiesige Justizkommissarius Moritz, welcher die Rechte des Erbschaftskäufers wahnimmt, für seine Person jene Ansprüche erworben hätte.

(Pos. 3.)

* Bojanowo, 28. Jan. Nachfolgende Adresse ist von hier aus an die Schneidemühl'sche christlich-apostolisch-katholische Gemeinde übersandt worden: „Geliebte Brüder! Wenn schon das freie, kräftige und furchtlose Wort des katholischen Priesters Nonne nicht allein die Gemüther aller, dem Licht und der Wahrheit zugewandten Katholiken mächtig ergriff, sondern auch bei evangelischen Christen volle Anerkennung fand, so verdient doch noch mehr Eure, fast am äußersten Ende unserer Provinz erfolgte lebendige, kühne, und im Vertrauen auf Gottes Beistand begonnene That die freudigste Theilnahme jedes Einzelnen, der es mit der christlichen Wahrheit überhaupt redlich meint, und der

hier einen, wenn auch nur geringen, doch gewiß in seinen Folgen unberechenbaren Anfang sieht, Eintracht und brüderliche Liebe unter gleichberechtigten christlichen Brüdern dauernd zu begründen. Den Kampf getrost der immer siegreich göttlichen Wahrheit und Eurer lebendigen Begeisterung überlassend, wünschen wir Euch Gottes Schutz und Beistand; wollen aber auch unser Scherlein beitragen, um, wie der Apostel sagt, uns anzunehmen der heiligen Nothdurft, und unthätig nicht zu verschulden, daß die freie, gläubige, christliche That ewiger Ungunst äußerer Verhältnisse unterliege. — In diesem Sinne bitten wir Euch, diese Handreichung in der Liebe von 130 christlichen Brüdern und Freunden göttlicher Wahrheit, aus Bojanowo und der näheren Umgebung gethan, im Betrage von 50 Thalern zu Eurer kirchlichen Einrichtung, oder auch zum Baue eines eigenen Gotteshauses anzunehmen. Der Herr aber, der Euch zuruft Matth. 12, 32: „Fürchte Dich nicht, Du kleine Heerde, denn es ist Eures Vaters Wohlgefallen, Euch das Reich zu geben“, segne und förde Euer Werk, und rüste Euch aus mit reicher Kraft, jeglichen Kampf siegreich zu bestehen, und nicht nachzulassen in Eurem heiligen Eifer, der Wieler Herzen entzünden möge!“

Trier, 24. Januar. Die heutige Trierische Zeitung enthält ein Urtheil des Ober-Gensurgerichts, durch welches 10 Artikel und Stellen, die der Lokalcensor gestrichen hat, die Druckerlaubnis erhalten. Die Artikel folgen gleich darauf nach. Der erste davon sagt, daß den Freunden der freieren Bewegung der Presse die Nachricht unangenehm sein werde, daß der Präsident des Ober-Gensurgerichts, Staats-Sekretair Bornemann, diese Stellung verlassen habe.

Dortmund, 22. Jan. Auch hier hat die Gründung einer christlich-apostolisch-katholischen Kirchengemeinde zu Schneidemühl große Theilnahme erregt und nicht wenig warme Herzen gefunden, indem derselben nebst einer Adresse eine Beisteuer von vorläufig 100 Rtlr. heute übersandt worden ist. (Elbf. 3.)

Die Wilhelms-Bahn.

Ein, mit L. S. unterzeichnet, aus Breslau vom 24. d. M. datirter Artikel, welchen die Nr. 21 dieser Zeitung enthält, bespricht den Anschluß der Wilhelms-Bahn an die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn. Der Unterschriebene, vermöge seiner Stellung von der wahren Lage der Sache genau unterrichtet, muß einem Theile der in jenem Auffaße aufgestellten Behauptungen widersprechen und gibt zur Begründung seines Widerspruches folgende Mittheilungen aus den diesseitigen Akten, deren Benutzung zu diesem Zwecke ihm von dem Direktorium der Wilhelms-Bahn gestattet worden ist:

Nachdem die Direktion der Nordbahn durch ihre Staatsbehörde am 1. Januar 1843 von den Absichten und Fortschritten der Oberschlesischen Eisenbahn in Kenntnis gesetzt und auf deren Folgen für die Nordbahn aufmerksam gemacht worden war, beantragte sie höherrn Ortes: es möge die kaiserliche Regierung den Weiterbau der Nordbahn von Leipnik aus selbst übernehmen. Als hierauf nicht eingegangen wurde, erbot sich der Freiherr v. Rothchild gegen die Kaiserl. Staatsverwaltung, die nötigen Fonds vorzuschießen, damit es der Nordbahn-Gesellschaft möglich werde, den Bau der Bahn von Leipnik nach Oderberg, als dem Punkte, wo sich die Preußische Bahn mit der Nordbahn verbinden sollte, fortzuführen. Die am 12. Dezember 1843 abgehaltene, wegen jenes Weiterbaues eigens berufene General-Versammlung der Nordbahn-Aktionäre, zu welcher der damalige Komité der Kosel-Oderberger Eisenbahn-Gesellschaft einen Bevollmächtigten schickte, beschloß einstimmig den Weiterbau der Nordbahn von Leipnik bis Oderberg. Die Direktion der Nordbahn sagt in ihrem, an jenen Komité gerichteten Schreiben vom 12. Dezember 1843 hierüber die Worte: „Wir sind sehr erfreut, Ihnen dies für beide Unternehmungen gleichgünstige Resultat mittheilen zu können und zollen Ihnen unsern wärmsten Dank für Ihr thätiges Wirken in dieser so hochwichtigen Angelegenheit und schmeicheln uns sonach eben so wie Sie Ende 1845 die Bahn bis Oderberg befahren zu können, indem wir hoffen, daß auch Ihrerseits Alles aufgeboten werden wird, dieses Ziel zur bestimmten Zeit zu erreichen.“

So waren die vielfachen Hindernisse, welche sich dem Baue der Wilhelms-Bahn entgegen gestellt hat-

ten, damals überwunden. Die Interessenten waren einig, und keine der beiderseitigen Regierungen, unter deren Augen jene Vereinbarung getroffen war, hatte einen Widerspruch erhoben, ja, es hatten die Preußischen Staatsbehörden ausdrücklich die Bedingung gestellt (Reser. d. H. Fin.-Min. vom 16. Novbr. 1843) daß beide Gesellschaften zuvor über den Anschluß eben bei Oderberg sich geeinigt hätten, welche Bedingung auch der hr. Finanz-Minister unterm 4. Januar 1844 als erledigt annahm. Mit Recht und der Wahrheit gemäß konnte den Aktionären der Wilhelms-Bahn in der General-Versammlung vom 26. Februar v. J. daher die Versicherung gegeben werden, daß alle Schwierigkeiten besiegt und beseitigt seien. Erst mitteilt eines Hofkanzlei-Reskriptes vom 9. März 1844, welches dem Direktorium der Wilhelms-Bahn auf Privatwegen gegen die Mitte des Aprils 1844 zugegang, erklärte die kaiserliche Regierung, bei Gelegenheit der Verlängerung des Bau-Privilegiums: „dass die im Bahn-Privilegium (der Nordbahn) nicht erscheinende Anschließung an die Oberschlesische Eisenbahn, die Festsetzung von Bedingungen und spezielle Einleitungen von Seiten der Staatsverwaltungen erforderlich werde, bei welchen bezüglich auf die Art und Zeit auch das Interesse der öffentlichen Verwaltung gehörig berücksichtigt werden müsse.“ Mit welcher Beharrlichkeit die österreichische Regierung sich dem Anschlusse bei Oderberg überhaupt und insbesondere dessen baldiger Realisierung widersezt habe, dies geht theils aus dem, an das Direktorium der Wilhelms-Bahn erlassenen Finanz-Ministerial-Reskript vom 10. Oktober v. J. (Bresl. Blg. 1844 Nr. 253) deutlich hervor, theils hat dies der in Rede stehende Aufsatz vom 24. Januar selbst genügend beleuchtet.

Hier nach bliebe nur noch zu erörtern, inwieweit die Wilhelms-Bahn, welche gegen eine Entschließung der kaiserl. Regierung anzukämpfen, natürlich außer Stande war, ein Auskunftsmitel beharrlich von der Hand gewiesen habe, das ihr die Nordbahn angeblich bot. In einem an die Direktion jener Bahn gerichteten Schreiben vom 1. Februar 1845 bat der damalige Komitee: „es möge eine Verständigung der beiderseitigen Techniker in der Gegend von Oderberg veranstaltet werden, um über den Anschlusspunkt beider Bahnen zu berathen.“ Hierauf entgegnete die Direktion der Nordbahn unter dem 9. Februar 1844 wörtlich: „sie hoffe gleichfalls bis zum Spätherbst 1845 in der angenehmen Lage zu sein, die Bahnabteilung von Leipnik bis Oderberg dem Betriebe übergeben zu können, was jedoch die definitive Bestimmung des Verbindungspunktes für beide Bahnen betreffe, so glaube die gefertigte Direktion, dass dies nicht Sache der beiden Gesellschaften allein sei, sondern dass dieserwegen den beiden betreffenden hohen Regierungen, welche sich bereits für den Abschluss eines Staatsvertrages über den Verbindungspunkt ausgesprochen haben, nicht vorgegriffen werden dürfe.“ Jenes Schreiben der Nordbahn-Direktion war das letzte in der Anschlussache, eine anderweitige, offizielle Verhandlung über diesen Punkt mit der Direktion der Nordbahn oder deren Bevollmächtigten hat ferner niemals stattgefunden. Nur privatim, und zwar bei Gelegenheit eines am 21. Mai v. J. von dem Herrn Freiherrn v. Rothchild in Wittkowitz gegebenen Dinners wurde einigen anwesenden Direktoren der Wilhelms-Bahn das Projekt des Anschlusses bei Hruschau angedeutet, als dessen Schöpfer sich hr. v. Stückler, kein Mitglied der Nordbahn-Direktion (Breslauer Zeitung 1844 Nr. 290) öffentlich selbst kund gegeben hat.

Jener Ausweg war indes nicht annehmbar. Abgesehen davon, dass die neue Bahnrichtung mit keineswegs unbedeutenden Schwierigkeiten verbunden war, dass sie dem Verkehr nach Osten Abbruch thun und eine erhebliche Erhöhung des Anlagekapitales zu einer Zeit erfordern musste, in welcher das Vertrauen des Publikums zu Eisenbahn-Unternehmungen gänzlich gesunken war, abgesehen ferner davon, dass die Beibehaltung der Bahnrichtung nach Oderberg vom diesseitigen Königl. Ministerium als ausdrückliche Bedingung gestellt war, und dass endlich die Regierungen der beiden beteiligten Staaten die Anschlussfrage zu ihrer Entscheidung gezogen hatten, so hätte jene Abänderung des ursprünglichen Planes überdies keineswegs zum Ziele geführt. Als Grund des Anschlusses bei Hruschau ward nämlich angegeben, es werde die Kaiserl. Regierung keinen Fuß breit von der einmal genehmigten Trasse zu verlegen gestatten, mithin die abweichende Anschluss-Kurve von der Nordbahn zur Wilhelms-Bahn bei Oderberg nicht erlaubt werden. Liegt nun gleich die Oder bei Oderberg um 400 Ruten weiter von der Nordbahn ab, was hatte man für eine Garantie, dass der österreichische Staat dort eine, wenngleich kleinere Abweichung von der genehmigten Richtung gestatten werde? Nicht die grössere oder kleinere Anschluss-Kurve, der Anschluss selbst vielmehr war die Achse, um die sich Alles drehte. Dies hat unsere weise Regierung wohl selbst eingesehen, sie, und nicht blos das Direktorium der Wilhelms-Bahn, bestand auf dem Anschluss in

Oderberg. Und die vielfachen mühevollen Bestrebungen der Königl. Gesandtschaft am österreichischen Hofe wurden mit Erfolg gekrönt, denn ein Reskript des Königl. Finanz-Ministerii vom 12. Januar 1845theilt dem Direktorium der Wilhelms-Bahn mit, dass die Kaiserl. Regierung Oderberg als den Anschlusspunkt nun mehr definitiv bezeichnet habe, somit das Projekt eines Anschlusses bei Hruschau beseitigt sei. Auf diese Eröffnung fußend ist bei der Direktion der Nordbahn bereits die kommissarische Regulirung an Ort und Stelle, von hier aus beantragt worden. Das Richteramt unserer kompetenten Behörde braucht hiernach nicht jetzt erst angerufen zu werden, denn das Urteil ist längst gefällt und rechtskräftig, die Vollstreckung derselben aber das Streben der Beteiligten selbst.

Die Zeit des Anschlusses ist allerdings durch Staatsvertrag noch nicht festgestellt, man darf indes auf eine baldige günstige Erledigung auch dieses Punktes zuversichtlich rechnen. Und gelänge es nicht, die Vereinbarung unverzüglich zu Stande zu bringen, so wird die Wilhelms-Bahn dennoch dem väterlichen Rath ihrer Behörde folgend, bis Oderberg bauen, in der festen Ueberzeugung, dass man dem öffentlichen Interesse und der Meinung Europas entgegen auf die Dauer die grösste Handelsstraße seines Festlandes nicht wird zerstückelt lassen können, denn die Verhältnisse werden, wenn beide Bahnen bis auf 800 Ruten einander sich genähert haben, dann den Anschluss gebietserisch fordern.

Das Direktorium der Wilhelms-Bahn hat in dieser ganzen Angelegenheit, wie aus dem Erwähnten hervorgeht, keinen Schritt ohne Vorwissen, Genehmigung oder besonderen Auftrag unserer höchsten Staatsbehörden unternommen. Die Instruktionen, die ihr zukamen, und die besondere Ermächtigung, welche ihr zu Theil wurde, sich in direkte Verbindung mit der kgl. Gesandtschaft in Wien zu setzen, sowie die diesfälligen Eröffnungen des K. Hen. Gesandten am K. österreichischen Hofe, erhärten dies zur Genüge. Es war somit keineswegs Aufgabe des Direktoriums der Wilhelmsbahn, auf einzelne, halb anonyme Zeitungsartikel zu antworten oder sich in eine vergleichende Polemik einzulassen; sondern sie hätte im Bewusstsein ihres guten Rechtes und richtigen, erfolgreichen Verfahrens die nächste Generalversammlung abgewartet, um durch Vorlegung aller betreffenden Akten jeden Zweifel zu heben. Da aber der erwähnte Zeitungsartikel geeignet war, bei Aktionären Misstrauen zu erwecken, so hat der unterzeichnete General-Sekretär geglaubt, mit Thatsachen Ratschlägen gegenüber auftreten zu müssen. Dass das mit keine Verpflichtung zu fernerer Polemik übernommen wird, versteht sich von selbst, es wird vielmehr der Unterzeichnete sowohl, als auch das Direktorium der Wilhelmsbahn von der in nächster Zukunft liegenden definitiven Lösung der erwähnten Frage und von dem Aussprache der nächsten Generalversammlung das letzte, kompetente Urtheil mit Ruhe erwarten.

Ratisbon, 28. Januar 1845.

Hugo Meyer,
General-Sekretär der Wilhelmsbahn.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Januar. Das hiesige „Konversationsblatt“ vom heutigen Datum enthält folgende Anzeige: „Da von einem großen Theile unseres Lesepublikums die Fortsetzung des „Ewigen Juden“ im Konversationsblatt als dem Grundsatz der Unparteilichkeit auf confessionalem Gebiete, welchen die Redaktion festzuhalten entschlossen ist, faktisch widersprechend betrachtet wird, so findet sich die Redaktion, um auch dem Scheine der Parteihinnahme zu entgehen, veranlasst, die Fortsetzung des genannten Romans im Konversationsblatt abzubrechen. Dagegen wird, um eine gegebene Zusage nicht unerfüllt zu lassen, denjenigen Abonnenten, welche es verlangen, die weitere Folge des Romans in eignen Bändchen gratis geliefert. Die nötigen Bestellungen bei den betreffenden Zeitungsexpeditionen, welchen die Bändchen von hier aus unentgeltlich zugesendet werden, erteilt man bald machen zu wollen.“

Karlsruhe, 24. Jan. (136. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer.) Es übergibt Welcker seinen Bericht über Hecklers Motion, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend. In derselben Sitzung ergreift Staatsminister v. Dusch das Wort und erklärt, dass er die Gelegenheit benutzen wolle, Einiges über die Fragen zu äußern, welche der Abgeordnete Welcker in Bezug auf die Wiener Beschlüsse gestellt habe. Die Regierung eikenne ein Recht der Interpellation nicht an, und habe keine Rechenschaft zu geben über die Wahrung der Rechte der Krone, so lange die Verfassung nicht verletzt sei. Sie sei nicht einmal berechtigt, über jene Beschlüsse Auskunft zu geben, da sie gemeinschaftliche Vereinbarungen der deutschen Bundesstaaten betreffen. Abgesehen davon sei schon im Jahre 1837 von dem verstorbenen Minister Winter und von dem Finanzminister v. Böck die Erklärung gegeben worden, dass die Verfassung durch jene Beschlüsse nicht verletzt worden sei; die Verfassung bestehne noch unangetastet und werde immer so gehand-

habt werden, wie es nach richtiger Auslegung der öffentlichen Bundesgesetze vor dem Gewissen und unparteiischen Richtern gerechtfertigt werden könne. Staatsminister von Böck schlicht sich dieser Erklärung mit dem Bemerk an, dass die Regierung nicht weiter in die Sache eingehen könne, ohne wortbrüchig zu werden. Er wiederholt, dass in den Wiener Conferenzbeschlüssen nichts liege, was der Verfassung widerspreche. So lange man keine Verfassungsverleugnung nachweise, habe man kein Recht, in diese Erklärung Misstrauen zu setzen. Welcker erklärt sich zuerst gegen die Auflösung, dass die Abgeordneten kein Recht zu Interpellationen hätten; den Ministern stehe es jedoch frei, zu antworten, oder nicht. Bezuglich auf die Sache fragt er, ob die Minister die Wiener Beschlüsse für verbindend in Beziehung auf die Landesverwaltung halten. Die Herren Minister antworten nicht. Welcker sieht hier den Fall, dass keine Antwort auch eine Antwort sei. Er verlange nicht, dass die Herren Minister wortbrüchig werden sollen, frage aber nur, ob sie über einen geheimen Vertrag, zum Beispiel zur Mediatisierung des Fürsten, der von der Kammer zur Sprache gebracht werde und eine Anklage zur Folge habe, damit jede Auskunft ablehnen könnten, dass sie sagten, sie könnten gegen die fremde Regierung, mit der sie den Vertrag geschlossen, ihr Wort nicht brechen; oder ob die Erklärung genüge, dass der Vertrag noch nicht vollzogen sei. Der Redner verweist auf sein Werk, worin der Widerspruch vieler Bestimmungen der Beschlüsse mit der Verfassung nachgewiesen sei. Uebrigens sei es seine Absicht, sich in dieser wichtigen Sache lediglich auf den badischen Verfassungszustand zu beschränken; in Beziehung auf die allgemein deutschen Zustände berufe er sich auf das öffentliche Gewissen der Nation, Fürsten und Minister mit einbezogen. Seinen Antrag, mit Beschränkung auf Baden, werde er in einer der nächsten Sitzungen begründen. v. Böck. Wenn ein Minister sich in einen hochverrätischen Vertrag eingelassen habe, so werde er sich auf eine Interpellation eines Abgeordneten nicht bewegen lassen, das Gehimniß zu brechen. Allein, Gott sei Dank, dieser Fall liegt nicht vor und werde nicht vorliegen. Man werde zu Badens Regenten das Vertrauen haben, dass sie keine Minister wählen, welche sich des Hochverrats schuldig machen. Welcker. Der Name des Regenten gehört nicht in die Diskussion. Hiermit wird dieser Gegenstand für jetzt verlassen und es folgt eine geheime Sitzung.

(Bad. Bl.)

Regensburg, 21. Jan. Gestern Abends ist von Breslau die Nachricht dahier eingetroffen, dass bei der Wahl des Fürstbischofs die überwiegende Stimmenmehrheit auf den Hrn. Domdechant von Regensburg, Melchior Diepenbrock, gefallen ist. Die Bekündigung des gefeierten Namens von der Kanzel verbreitete unter dem zahlreich im Dome versammelten Volke allgemeine Freude. Bis jetzt verlautet noch nichts Gewisses, ob der Geeählte die hohe Würde, zu welcher er berufen ist, auch annehmen werde. Im Interesse der Kirche wäre eine bejahende Entscheidung nur wünschenswerth, denn die ausgezeichneten Kenntnisse und Tugenden des Schülers und Freundes Sailers würden der lange verwässerten Diözese Breslau eine segensvolle Zukunft verbürgen. Die bischöfliche Kirche Breslau, rücksichtlich ihres geographischen Umfangs eine der größten in Europa, rücksichtlich ihrer Gläubigenzahl aber eine der bedeutendsten auf der ganzen Erde, umfasst die drei Provinzen Schlesien, Brandenburg und Pommern. Das Fürstbistum Breslau umfasst über 950 Pfarrreien und Kaplaneien zusammen, und die Zahl der Gläubigen, die sich in dem oben angegebenen Raum unter einer Bevölkerung von drei Mill. Andersgläubigen gemischt seien, mag sich auf 1,300,000 belaufen, darunter Breslau unter 96,000 Bewohnern 28,000, Berlin unter 300,000 Bewohnern 20,000, Stettin aber unter 34,000 Bewohnern 2000.

(Regensb. Blg.)

Nürnberg, 22. Jan. Die vom Stadtkommissär zu Bayreuth zum allgemeinen Erstaunen verfügte Beschlagnahme der kleinen, durchaus tuhig und würdig gehaltenen Schrift des Herrn Grafen von Giech zu Thurnau „Zweites offenes Bedenken, die Kniebeugungsfrage betreffend,“ ist durch einen Beschluss der Kreisregierung von Oberfranken wieder aufgehoben und der Verkauf derselben vorerst gestattet worden. Auch hier, wie in allen ähnlichen Fällen hat sich gezeigt, dass der allzugroße Beamteisler beim Unterdrücken mißliebiger Druckschriften nur dazu dienen kann, die Theilnahme des Publikums zu vermehren; die Auflage soll beinahe vergriffen sein.

(Rhein. Beob.)

Hannover, 25. Jan. Der König soll über das willkürliche eigenmächtige Verfahren des Bischofs von Hildesheim in der mehrere Wohntage Katechismus angelegentlich entzüsst sein, und dies ist Grund genug, dass die Regierung sich zu ernstem Einschreiten aufgefordert findet. So hat denn dieselbe, wie glaubhaft verlautet, dem Bischof anbefohlen, seinen Katechismus zurückzunehmen. Der Bischof aber, auf die Armee da draußen bauend, scheint das Geschick eines Droste-Bischöfing beneidenswerth zu finden; er will seinen Katechismus nicht zurücknehmen, sich aber der

Gewalt fügen. Nun heißt es, man habe ihn auf diese Erklärung aufgefordert, sich in die Residenz zu begeben.

(D. A. 3.)

Braunschweig, 24. Jan. Das auf preußischem Grund und Boden belegene vormalige Kloster Winningen ist vor sehr langer Zeit von der braunschweigischen Landes - Regierung gegen ein verhältnismäßig äußerst geringes Darlehen an Hessen-Homburg verpfändet. Ueber die Rückgabe desselben entstand ein Rechtsstreit, welcher bereits seit einer langen Reihe von Jahren bei dem Reichs - Kammergericht zu Wehlau anhängig war, in späterer Zeit an die königlich preußischen Justiz - Behörden gelangte, und von dem höchsten Tribunal jetzt zu Gunsten Braunschweigs entschieden ist. Unsere Staatseinnahme wird dadurch jährlich um 18—20,000 Thlr. vermehrt werden.

Deutschland.

Lemberg, 21. Januar. Die bei der competenten Criminalgerichts-Behörde zu Lemberg wegen des Verbrechens des Hochverrathes anhängigen Verhandlungen sind zum Schlusse gediehen. — Es ist durch das Geständnis des größten Theils der Beinächtigten erwiesen, daß im Lande gehelme Verbindungen bestanden, deren Zweck war, nicht nur den Umsturz der bestehenden Regierung zu bewirken, sondern auch die Vernichtung der gesammten gesellschaftlichen Ordnung herbeizuführen, um an deren Stelle denjenigen Grundsägen Eingang zu verschaffen, durch deren Verbreitung die Demagogen aller Zeiten und aller Länder, Unerschaffene zu bethören und Leichtgläubige irre zu führen wußten. — Es hat sich ferner bei Untersuchung dieser Bestrebungen herausgestellt, daß kein Mittel, auch nicht das frevelhafteste, verabsäumt worden, um für jene verbrecherischen Vereine, vorzüglich unter der Jugend, Anhänger zu gewinnen, und womöglich in den untersten Volksklassen die gegen Besitz und Eigenthum gerichteten communistischen Ideen der Neuzeit zu verbreiten, und dadurch um so gewisser ihr verderbliches Ziel zu erreichen. — Bei dieser Beschaffenheit der That haben die Gerichtsbehörden aller drei Instanzen übereinstimmend erkannt, daß hier das im § 52 I. Theils des Strafgesetzes vorgesehene Verbrechen des Hochverrathes vorliege, und der oberste Gerichtshof hat dem zu Folge die dieses Verbrechens überwiesenen Individuen theils zum Tode, theils zu schweren zeitlichen Körperstrafen verurtheilt; bei zehn Individuen wurde die Untersuchung aus Abgang des rechtlichen Beweises aufgehoben. — Se. k. k. Majestät haben in Gnaden zu beschließen geruht, daß die Strafe gegen die acht Schuldigsten, — worunter zwei vom Auslande eingedrungene Emissäre — zu verhängen sei; daß selbst von diesen Keinen die Todesstrafe, sondern zeitliche Strafe zu treffen habe; allen Uebrigen aber auch diese, über den ausgestandenen Untersuchungs-Arrest zu erlassen sei.

(Lemb. 3.)

In Wien ist die Gründung einer Aktien-Gesellschaft zu Handelsunternehmungen nach Ostdienst beschlossen worden. Die ersten Bankierhäuser der Hauptstadt haben sich mit bedeutenden Summen betheiligt, und auch in Triest, wo ein Hauptbüro erichtet werden soll, findet dies zeugmäße Unternehmen den größten Anklang. Ich höre indes, daß man die Bildung einiger Comptoirs auf verschiedenen ostindischen Märkten beabsichtige.

(A. 3.)

Nürnberg.

Von der preußisch-polnischen Grenze, 19. Jan. In dem Dorfe Wolka im Kreise Johannesburg ist eine Falschmünzerbande, fast ausschließlich aus Juden bestehend, entdeckt worden, die bereits bedeutende Summen russisches Papiergebeld angefertigt und in Circulation gesetzt haben soll. Da das Gebeld täuschend ähnlich nachgeahmt ist, so würden die Falschmünzer wohl noch längere Zeit diesen Betrug unentdeckt getrieben haben, wenn nicht einer ihrer Mitwissenden, der sich bei der Theilung benachtheilt glaubte, aus Rache denunziirt hätte. Die russische Regierung scheint auf diesen Vorfall großes Gewicht zu legen, da sie eigens eine Kommission, welcher der Oberst v. Giersz aus Petersburg beigesellt ist, nach der preußischen Grenzstadt Lyk gesandt hat, um dort in Verbindung mit der preußischen Gerichtsbehörde die Untersuchung gegen mehrere bereits als verächtlich inhaftierte Individuen zu führen. (D. A. 3.)

Frankreich.

Paris, 24. Januar. Die gestrige Sitzung der Deputirtenkammer war wichtiger durch den Erfolg der Abstimmung am Schlus, als durch die Debatte selbst, obwohl in dieser einer der glänzendsten Redner der Opposition, Hr. Billault, derselbe, welcher bereits im vorigen Jahre den Angriff auf das Ministerium, wegen Taiti, leitete. In der Tagesordnung war noch die Adresse, und zwar das Amendement des Hrn. Carné, zum ersten Paragraphen, welches einen Tadel gegen das Ministerium enthielt und ihm Mangel an Voraussicht und Kraft vorwarf. Die Annahme oder Verwerfung dieses Amendements entschied über das Ministerium, denn, wenn es gelang, diesen Tadel in die Adresse zu bringen und denselben dem Könige vorzutragen, so mußte Hr. Guizot ausscheiden. Wie bereits erwähnt, begann Hr. Cremer die Debatte,

und zwar, indem er zur Unterstützung des Amendements sprach, indem die Kammer schien von Anfang an nur die Abstimmung im Auge zu haben und Niemand hörte auf seinen langen Vortrag über Marokko, Taiti und das Durchsuchungsrecht. Alles sprach. Zuletzt konnte er über die lauten Gespräche, besonders der Deputirten im Centrum, gar nicht mehr zum Worte kommen, und brach plötzlich ab, indem er sagte, daß er nicht gegen den Willen der Kammer die Tribune behaupten wolle. Es scheine, daß die Kammer die weitere Entwicklung der Sache nicht zur gelegenen Zeit halte, und er empfehle somit die taitische Frage der Weisheit der Kammer. Nicht besser ging es Hrn. v. Gasparin, welcher das Ministerium vertheidigte, er versprach von den drei Fragen nur die eine, Taiti, kritisiren zu wollen, aber die Versammlung wollte auch diese Bescheidenheit nicht gelten lassen. „Um Ihnen einen Gefallen zu thun, werde ich schließen“ sagte Hr. v. Gasparin, und verließ ebenfalls die Rednerbühne. Nur ein so ausgezeichneter Redner wie Hr. Billault, konnte die Kammer noch wieder zur Aufmerksamkeit bringen. Er sagte, daß er das Amendement mit voller Ueberzeugung unterstütze, daß er aber vor Allem die Pflicht fühle, die Frage wieder klar hinzustellen. „Seit einem Monat“ fuhr er fort „beschweren sich die Anhänger des Ministeriums über eine Intrigue und einen Portefeuillekrieg, selbst Hr. Guizot spricht von Coterien. Die Sache muß erledigt werden. Wir wollen nichts Ungewisses, wir sagen gerade heraus, daß dem Ministerium Voraussicht und Festigkeit gefehlt habe. Von Intrigue ist dabei nicht die Rede. Es ist wahr, daß sich seit einem halben Jahre mehrere ehrenwerthe Mitglieder von Ihnen losgesagt haben, aber ist das Intrigue? Es ist ferner wahr, daß dieselben nur ungern von Ihnen geschieden sind, aber auch das ist keine Intrigue, sondern die Herren thaten nur ihre Pflicht, indem sie ihrem Gewissen folgten. Auch haben diese ehrenwerthen Mitglieder der Kammer keine andere Gewalt benutzt, als die offene Diskussion, und das ist wieder keine Intrigue. Im Gegenteil haben Sie sich an die Opposition gewendet und ihr gesagt, daß mit dem Ministerium doch das System nicht falle. Ihren Freunden aber rufen Sie zu: Nehmen Sie sich in Acht, denn nach uns wird ein ganz anderes System auftreten. Dieser Widerspruch ist Intrigue (Beispiel von der Linken). Sie sagen ferner, daß dies eine Ministerdebatte sei. Darin haben Sie recht, denn nach der Annahme des Amendements, das Ihnen Unvorsichtigkeit und Schwäche zuschiebt, können Sie nicht Minister bleiben. Aber glauben Sie denn, daß nach diesem Tadel das neue Ministerium Ihr System fortsetzen könne? Es handelt sich hier nur um die wirkliche Ermittlung, ob Sie es an Voraussicht und Kraft fehlen ließen, und um die Abstimmung; der Tag der Entscheidung ist da, wir wollen die Sache noch einmal untersuchen.“ Nun ging der Redner wieder in die viesbesprochenen drei Fragen ein und zeigte, daß in Bezug auf die Haupsache in der marokanischen Frage, in Bezug auf Abd-el-Kader nichts erreicht worden sei, ferner: daß in der Frage von Taiti das Ministerium durchaus der Kraft entbehrt habe, denn die vorgelegten Aktenstücke seien nur eine Vertheidigung des englischen Ministeriums, und der französische Repräsentant in London habe dem Ministerium recht eigentlich in die Hände gearbeitet. Hr. Guizot ergriff von seinem Platze aus das Wort, um Hrn. v. Tarnac zu vertheidigen, der nur seine Pflicht gethan, indem er das Ministerium von der Stimmung in England unterrichtet; Hr. v. Tarnac sei ein unterrichteter, aufrichtiger Mann. Ein verworrenes Geräusch folgte diesen Worten, worauf Hr. Billault fortfuhr: „Das Ministerium ist im Frethum, vor Allem muß ein Vertreter Frankreichs mit Festigkeit dessen Interesse vertreten.“ Nachdem er auch noch die Frage von dem Durchsuchungsrecht durchgenommen, kam er auf die Reise des Königs nach England, und sagte: Täuschen Sie sich nicht, der Beifall, welchen der König in England gefunden, galt nicht Ihnen, sondern dem König (Beifall). Sehen Sie dagegen, mit welcher Stille Ihre Arbeit, die Thronrede, welche Sie dem König in den Mund gelegt, in den Kammern aufgenommen worden ist. Nein, diejenigen, welche aufrichtig den Frieden, einen dauerhaften und ehrenvollen Frieden wollen, diejenigen, welche wissen, daß mit Ihnen ein solcher Friede unmöglich ist, die werden für das Amendement stimmen (Beifall). Der Seeminister v. Mackau eilte nach der Tribune, da indes derselbe schon mehrerenfalls durch seine Reden das Ministerium in Verlegenheit gebracht hat, so suchte ihm der Minister des Innern, Hr. Duzat, zuvorzukommen, und Hr. v. Mackau kehrte zurück. Die Vertheidigung des Ministers ging noch einmal in alle die vorliegenden Fragen ein, nannte die Politik der Opposition eine Politik des Krieges, und forderte die Freunde des Friedens auf, mit dem Ministerium zu stimmen. Nun rief Alles zur Abstimmung. Der Präsident zeigte an, daß 20 Mitglieder die geheime Abstimmung verlangt hätten, und auf Begehrten wurden die Namen derselben vor gelesen; es waren Mitglieder der Opposition, Gautier v. Rumilly an der Spitze. Die Abstimmung begann. Die Kammer war überaus zahlreich. Zahl der Stimmen: 422. Entscheidende Mehrheit: 212. Für das

Amendement: 197, dagegen: 225. Das Amendement ward verworfen. Es war halb 7 Uhr und die Kammer trennte sich unter großer Bewegung. Die Opposition hatte den Sieg gehofft, die Minister und ihre Partei eine Niederlage gefürchtet; eine Mehrheit von 28 Stimmen hatten den Kampf für das Ministerium entschieden. Dieser Sieg ist übrigens ein neuer Beweis für die Zunahme der Opposition, denn in der vorigen Session wurde die Adresse noch mit einer Mehrheit von 30 Stimmen angenommen, obwohl 12 Deputirte weniger bei der Abstimmung zugegen waren und man annehmen kann, daß dieser Zusatz meist aus ministeriellen Stimmen besteht. Die Zeitungen machen sämlich ihre Bemerkungen. Das Journ. des Debats betrachtet die Sache mit einem Ernst; es ertheilt Hrn. Billault einige Lobsprüche und spricht von den Grundsägen, welche er, wenn er in das Ministerium trate, verfolgen würde. Das Blatt sagt, es wolle nicht triumphiren, aber das Ereignis für eine gute Vorbedeutung nehmen. Den Oppositionsblättern steht man an, daß sie mehr erwarteten, entweder eine glänzende Niederlage des Ministeriums, oder doch eine so geringe Mehrheit für dasselbe, daß es abtreten müste; so sprechen der Constitutionnel, welcher glaubt, daß das Ministerium bei der Schlusabstimmung unterliegen werde, der Cour. Fr., welcher dies nicht glaubt, der National, welcher meint, daß das Ministerium mit jedem Tage dem Grabe näher rücke u. Für die Sache selbst war der gestrige Tag entscheidend. Der Kampf der Parteien hatte seinen Culminationspunkt erreicht; es ist nicht zu erwarten, daß in den nächsten Tagen eine Änderung in der Gesinnung der Deputirten vorgenommen werde, auch ist kein neuer Zusatz zu erwarten. Die Debatte wird nun ziemlich trocken und schnell ihrem Ende zu ziehen, wo dann noch einmal beide Parteien ihre ganze Kraft aber nur in der Abstimmung zeigen werden, die voraussichtlich eben so ausfällt als die gestrige. Das Ministerium ist noch auf ein Jahr gerettet. — In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die Debatte über den Adressen-Entwurf fortgesetzt. Herr v. Beaumont stellte ein Amendement, nach welchem erklärt werden sollte: daß die Unterhandlungen mit Marocco nicht so geschickt, wie der Krieg mit diesem Lande, geleitet worden seien. Marschall Bugeaud ergriß das Wort; er hätte gewünscht, daß die Regierung nicht etwa pecuniäre Garantien, aber doch Garantien gegen eine Rückkehr Abd-el-Kader's verlangt hätte; er erkenne jedoch an, daß die Regierung vielleicht nicht anders habe handeln können, als sie gehan; Abd-el-Kader sei ein Mann von Genie, welcher gegen die Franzosen Krieg führen werde, so lange er nur einen Mann zu commandiren habe. Marschall Bugeaud bemerkte, es sei materiell unmöglich gewesen, bis Fez vorzudringen; denn die französischen Soldaten würden eine Hitze von 45 Graden im Schatten und von 61 in der Sonne nicht haben ertragen können. Der Herzog vom Isly gab sodann Explicationen über seine Ansichten in Betreff der Colonisation Algieriens; diese müsse rein militairisch sein; dazu wären hunderttausend Mann erforderlich. Um 4½ Uhr war Herr Marc Girardin auf der Rednerbühne.

Belgien.

Brüssel, 24. Jan. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer stellte Baron Osy den Antrag, daß die Kammer eine Adresse an den König erlaße, worin sie erkläre, daß das Ministerium ihr Vertrauen nicht mehr besitze.

Italien.

Rom, 14. Jan. Am 12. d. starb hier der Cardinal Diakonus Nicolaus Grimaldi nach langwährenden Leiden. — Auch hier hat die Censur von ihrer Strenge nachgelassen; mehrere sonst verbote französische Zeitungen als Presse, Globe und Compilateur dürfen seit Anfang dieses Jahres wieder durch die Post bezogen werden. — Eine von der Verwaltung des Innern unlängst veröffentlichte Staatschrift (Censimento Pontificio Volume II) gibt den wirklichen Werth der zeithier im Patrimonium Petri und dessen Dependentien entweder gar nicht oder unverhältnismäßig besteuert gewesenen Grundeigenthums auf 20 Millionen Scudi = 40 Mill. Gulden an. Der Gesamtkirchenstaat befaßt nach den Messungen der Katastercommission 2,437,833 römische Rubbia Flächentraums. Nach Abzug dessen, was die Areale der Städte, Dörfer, Villen, Landstraßen, Flüsse, Seen, Kanäle einnehmen, bleiben 2,166,963 Rubbia Wald- und Ackerland. Davon waren 140,000 Rubbia von der Regierung nicht bekannt, und ihre Grundsteuer ward wegen des mangelhaften Katasters entweder von den Eignern gar nicht gezahlt, oder von Subalternen unterschlagen.

(A. 3.)

Osmannisches Reich.

Alexandria, 6. Januar. Am 30. Deztr. bohr einer der Dämme des Mahmudie-Kanals, so daß das Wasser größtentheils aus demselben in einen nahen See floß und die Schiffsfahrt gehemmt wurde. Man hat aber sofort eine Menge Arbeiter an Ort und Stelle (Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 26 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 31. Januar 1845.

(Fortsetzung.)

abgesendet, um den Schaden wieder auszubessern. Große Sorgen macht dem Vicekönig der Wiederbeginn der Viehseuche. Sie hat sich zuerst in Mansura gezeigt, und griff mit solcher Gewalt um sich, daß in Unter-Egypten bereits 9000 Ochsen umgekommen sind. Das Getreide trifft sehr sparsam aus dem Innern ein, und man sieht hier mit Besorgniß einem Mangel entgegen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 30. Jan. Hr. Wit genannt von Dörring hat, an unsere Ehrenhaftigkeit appellirend, die Aufnahme nachstehender Erklärung nachgesucht:

„Da einige Mitarbeiter Ihrer Zeitung wiederholt meinen Namen mit Personen und Absichten in Verbindung bringen, welche mir durchaus fremd sind, so erwarte ich von Ihrer Ehrenhaftigkeit die Aufnahme nachstehender Erklärung. Ich habe eben so wenig mit den Rassierspiegeln des Hrn. Dr. Weidemann, als mit der Rhein und Moselzeitung zu schaffen, und ignorire bis heute eben sowohl die Existenz einer in den ersten enthaltenen Demagogentheorie, als die des protestantischen Briefes aus Oberschlesien in der letzteren. — Uebrigens mache ich kein Hehl aus meinem herzlichen Wunsche bald die Gelegenheit zu haben offen und entschieden einer mir widrigen Richtung der Schlesischen Journalistik entgegen zu treten; bitte aber bis dahin mich mit Suppositionen ungeschoren zu lassen; Alles Krypto ist mir verhaft, und ich begehre und gewähre fair play. —

Berlin am 26. Jan. 1845. Wit v. Dörring.

Wenn wir dem Wunsche des Hrn. Wit, wie geschehen, willfahren, so erkennen wir weder eine rechtliche noch moralische Verbindlichkeit zur Aufnahme der Erklärung an, wie Hr. Wit stillschweigend vorauszusehen scheint. Auch die Provokation an unsere „Ehrenhaftigkeit“, welche uns Hr. Wit als Pistole auf die Brust setzt, konnte uns hierbei nicht irritieren, weil mit gleich gutem Rechte, wie Hr. Wit, Seidermann ohne Unterschied für jegliches Produkt seiner Feder die Aufnahme unter dem anmaßlichen Präjudize, daß er widrigensfalls unsere Ehrenhaftigkeit bezweifeln müsse, prätendiren könnte. Hr. Wit hat für seine Bezüchtigungen und Anklagen der schlesischen Tagespresse andere Absatzwege und Stapelsplätze gesucht und gefunden, als die beiden hiesigen Zeitungen. Er klagt an, wir entgegnen; er arbeitet offen und in der Stille an einem Zeitungs-Enthaltsamkeits-Berline, ruft hier ein pathetisches Wehe über die Zeitungen, geht ihnen dort mit affectirter Persiflage zu Leibe, wir kämpfen gegen ihn und seine Bestrebungen mit den uns zu Gebote stehenden Waffen, bald ernsthaft, bald ironisch, bald in gehaltener Defensive, bald in sarkastischen Plänketeien, wie es der Tag und das Gence der Aussäze mit sich bringt. Feder hat sein Terrain, jeder seine Fahne, jeder seinen Liser-Kreis; der Umstand aber, daß wir uns nach den von Hrn. Wit eröffneten Feindseligkeiten ebenfalls auf den Kriegsfuß gesetzt haben und unsere Mitarbeiter nicht verhindern, den Handschuh des Hrn. Wit aufzunehmen, ist kein rechtsgültiger Titel zu dem Verlangen, daß wir ihm jetzt unser Terrain überlassen sollen, um auf demselben ein Büttelein zu erlassen und eine Schlacht zu liefern. Wahhaftig, eine Zumuthung so naiv, als barock! Hr. Wit, früher immer so dankbar, wenn wir den einen und andern seiner mehreren eingesendeten Beiträge nicht zurückwiesen, plötzlich zum erbitterten Gegner der hiesigen Zeitungen metamorphosirt und in Artikeln und Briefen mit und ohne Unterschrift Cato's Ruf „ceterum censeo, Carthaginem esse delendam“ gegen diese Zeitungen parodistisch anwendend. Hr. Wit, der es eine plumpe Lächerlichkeit nennen würde, wenn wir ihm eine rechtsfertigende Erklärung unserer Seits gegen die von ihm zum Druck beförderten Angriffe zufüchten und antrügen, er solle sie in den ihm zur Disposition stehenden Organen veröffentlicht, derselbe Hr. Wit will uns jetzt an die Verpflichtung unserer Ehrenhaftigkeit glauben machen, ein Hero d seiner Verwahrungen und Rechtsfertigungen zu werden. Und soweit soll unsere Selbstverleugnung gehen, soweit sollen wir auf die natürlichssten Interessen, Hrn. Wit zu Nutz und Frommen, cesignieren, daß Hr. Wit, die Gelegenheit ergreifend, durch unsern Mund seine Achtung „einer widrigen Richtung der Schlesischen Tagespresse“, der mit anzugehören wir uns zur Ehre rechnen, verkündigt wissen will! Aus zweit Beweggründen nahmen wir die Erklärung dennoch auf. Einmal sahen wir voraus, daß Hr. Wit, wie der rühelose Geist von Hamlets Vater hic et ubique, dieselbe anderswo ans Tageslicht fördern und uns zu einer unmäßigen Berücksichtigung nötigen würde. Eriedigen wir uns sonach des Hrn. Wit früher, so können

wir zweltens auch, unsre Prærogative benützend, die Erklärung sofort mit den Randglossen, die sie herausfordert, begleiten. Es steht Hrn. Wit frei, diese unsere Rücksichten egoistisch zu nennen.

Hr. Wit desavouirt jede Verbindung, Uebereinstimmung und Seelenverwandtschaft mit Hrn. Dr. Weidemann, oder vielmehr, er will mit einer ungemein diplomatischen, man könnte sagen, jesuitischen Wendung bis heute die Existenz dessenigen Briefes ignoriren, seit dessen Publication in der Rhein- und Moselzeitung auch von unsren Mitarbeitern der Glaube an ein Societäts-Geschäft ber Herren Wit und Weidemann zur Entdeckung der in Schlesien bestehenden staatsverrätherischen Complots ausgesprochen worden ist. Haben sich unsre Mitarbeiter von parcellarem Hass hinreißen lassen, haben sie Hrn. Wit ohne Veranlassung und auf Grund einer Fiktion gekränkt? Wie legen die sprechende That-sache vor.

Ungefähr um dieselbe Zeit, als Hr. Weidemann die staatsverrätherische Verbindung, Laetitia genannt, die Quelle des Ronge'schen Briefes nannte, brachte die Rhein- und Moselzeitung ein Schreiben eines „Laien und Akatholiken aus Oberschlesien“ an den Bischof Arnoldi mit der Bemerkung, daß der Name des Brief-Versäffers nichts zur Sache thue. Darin hieß es wörtlich: „Der unglückliche Ronge hat nur den Namen hergegeben; ein tiefes demagogisches Complot hat den Brief geschmiedet.“ Auch fand sich in dem Briefe folgende Stelle:

„Die Wuth der Revolution ist natürlich groß; sie wähnten das Volk schon reif, und nun findet es sich 1) daß im überbildeten Westen Millionen demüthiglich ihre menschliche Klugheit niederbeugen vor dem Heiligtum des Glaubens, 2) daß im rohen Osten eine nicht minder große Schaar die wüteste Sinnlichkeit unterjocht vor dem Gebote der Kirche.“

Wie gesagt, der Name des Brieffschreibers fehlte in der Rhein- und Moselzeitung; in Nr. 1 des Schlesischen Kirchenblattes aber erschien zur selben Zeit ein Aufsatz, unterzeichnet Wit von Dörring, und im Anfang derselben war folgende Stelle zu lesen:

„Während im überbildeten Westen Millionen ihren menschlichen Verstand demüthiglich niederbeugen vor der Macht des Glaubens, bezwingt im rohen Osten eine noch größere Schaar die wüteste Sinnlichkeit unter dem Gebote der Kirche.“

Und jetzt stellt sich Hr. Wit so empört darüber, daß er kurzweg als der Verfasser jenes Briefes bezeichnet worden ist, jetzt beschwert er sich implizite über eine ihm widerfahrenen erschreckliche Unbill, über „Suppositionen“ und meint, die Existenz des Briefes zu vernichten und uns ein zaubergewaltiges Papagenoschloß an den Mund zu hängen, wenn er ruft: „ich ignorire bis (sic) heute den Brief!“ Hr. Wit klage die eigene Unvorsichtigkeit oder Gedanken-Armuth an. Wollte er als Verfasser des Briefes ein kluges Incognito bewahren, und hält er jetzt das dreiste naive „ich ignorire“ neuerdings für eine undurchdringliche Maske seiner Autorschaft, so mußte er entweder jene verrätherische Zwillingsskelle in dem mit Namen unterzeichneten Aufsatz ausmerzen, oder, wenn sie ihm zu kostlich und erhaben dünkte, um sie aufzuopfern, wenigstens so umkleiden, daß er bei einem späteren, nach den Umständen zweckdienlichen Desaveu des Briefes nur die Entgegnung mit einer Vermuthung und Wahrscheinlichkeit, nicht mit einem direkten Gegenbeweise zu gewärtigen hatte. Hr. Wit ist in der von ihm aufgestellten Falle selbst stecken geblieben. Wenn etwa unsre Mitarbeiter, seine Empfindlichkeit schonend, ihn künftig „ungeschoren“ lassen sollten, so würde das nur aus Barmherzigkeit und Mitleiden geschehen.

Hr. Wit spricht von einer ihm „widrigen“ Richtung der Schlesischen Journalistik. Diese erwartet mit derselben Gelassenheit und Seelenruhe die von ihm angekündigte offene und entschiedene Opposition, mit der sie die bisher gewählte Gattung derselben, die geheime und intriguante, die hinter den Kulisshen gehende, soufflirende und kabalistirende Opposition, angesehen hat. Hr. Wit hat sich um die Mäßigkeits-Sache in Oberschlesien insofern Verdiente erworben, als er den Ideen und Plänen des ehrwürdigen Herrn Fiebel das laute Wort ließ. Dieses Verdienst bleibe Hrn. Wit unbestritten, obgleich es unmäßiglich durch den Umstand nicht vergrößert wird, daß seine eigenen großen Brennereien noch vor dem ins Leben getretenen Mäßigkeitsvereine in Stillstand kamen. Meint jedoch Hr. Wit künftig als Hofmeister und Reformator der Schlesischen Journalistik kompetent zu sein, so würde diese Journalistik nothgedrungen zu einer einzigen Abwehr greifen müssen — zu einer Benutzung sei-

ner Lebensgeschichte nämlich, zu der seine Schriften hinreichendes Material geben. Jede andere Entgegnung wäre nicht nur schwächer, sondern auch unangemessener!

Einige Worte auf die Beschuldigungen des Herrn Senior Krause in Nr. 22 u. 23 dieser Zeitung.

Es wird mir von dem Herrn Senior Krause eine dictatorische Uebung meiner Amtsgewalt zugeschrieben, welche meinem Wesen ganz feind ist; mit Entschiedenheit habe ich allerdings, der Pflicht gemäß, dem Unterfangen meiner Herren Gegner mich entgegengestellt, und in dem Erfolge finden die Austritte, wie die nachherigen Angriffe derselben auf mich und die Hochwürdige Synode ihre vollkommene Erklärung und Würdigung, so daß ich nicht nötig habe, darüber noch irgend ein Wort zu verlieren.

Bemerken aber muß ich, daß es eine wahrheitswürdige Aussage ist, welche sich in den jüngsten Erklärungen des Herrn Senior Krause findet, daß der von ihm schriftlich eingereichte Protest der Synode nicht einmal vorgelesen worden sei; es ist derselbe eben so wie der des Herrn Prof. Lic. Suckow am 22. November laut des Protokolls der ganzen Hochwürdigen Versammlung vollständig vorgelesen worden. — Was die Erklärung des Herrn Pastor Garstädt betrifft, auf welche Herr Senior Krause sich beruft, so bestreitet derselbe keineswegs die Richtigkeit des Inhalts des ersten Protokolls, sondern er ist nur zweifelhaft, ob nicht Herr Prof. Lic. Suckow, ehe er gegen die Geschäftsortordnung selbst protestierte, gegen die mir, wie allen General-Superintendenten höhern Orts zuerkannte, keineswegs durch vorgängige Discussion bedingte, Befugnis zur Abfassung der Geschäfts-Ordnung protestiert habe; seine zu den Akten gegebene Erklärung vom 21. November lautet wörtlich so: „Fürste es eine genauere Ermittelung erheischen, ob Prof. Lic. Suckow bei seinem ersten und einzigen Auftreten, wirklich sogleich gegen die Geschäfts-Ordnung selbst, oder nicht vielmehr gegen die Behauptung des Hochwürdigen Herrn Präses, daß ihm allein das unbedingte Recht, eine solche ohne vorgängige Diskussion und Annahme seitens der Synode zu ertheilen zustehe, protestiert habe.“ Herr Pastor Garstädt, der Einzige in der ganzen Versammlung, der Einiges gegen die veröffentlichte Stelle im ersten Protokoll zu erinnern hatte, bestätigt also gerade das, was die Herren Krause und Suckow so gern in Abrede stellen möchten; und so ist es denn auch unwahr, was Herr Senior Krause behauptet, daß der Protest des Herrn Prof. Suckow sich auf die, wie andere von mir nicht gesprochene, mir in den Mund gelegten Worte: „Es hat Niemand das Recht, gegen die Geschäfts-Ordnung Einwendungen zu erheben,“ bezogen habe.

Ich überlasse es den wahrheitsliebenden Lesern, von diesen unleugbaren Thatsachen auf alles Uebrige zu schließen, in der Ueberzeugung, daß diejenigen Leser, welche nicht geneigt sein möchten, Protokollen Glauben zu schenken, welche von hundert glaubwürdigen Männern anerkannt worden sind, sich auch durch die ausführlichste und gründlichste Darstellung der Sachlage von der Wahrheit nicht würden überzeugen lassen.

Breslau, den 30. Januar 1845.

Dr. Aug. Hahn.

Erläuterung

zu einer in den die Schlesische Provinzial-Synode betreffenden Mittheilungen des Herrn General-Superintendenten und Ober-Confessorialrath Dr. Hahn v. 14.

Jan. d. J. enthaltenen Stelle. S. Nr. 15 dieser Zeitung.

Die Schlesische Provinzial-Synode tritt, wie zu erwarten war, mehr und mehr an das Licht des Tages, und wir begegnen in den mir erst heut zu Gesicht kommenden Nummern 15 und 16 dieser Zeitung sogar bereits offiziellen Mittheilungen*) aus den Verhandlungen derselben, welche wir insofern mit Freuden begrüßen, als wir darin die unzweifelhafte Anerkennung des Bedürfnisses und Rechtes der Öffentlichkeit wie in allen gemeinsamen, so vornämlich in den Angelegenheiten der Religion und Kirche, die für die protestantische Bevölkerung des Vaterlandes, zumal in unserer Zeit, von dem höchsten Interesse sind, erblicken. Hier gilt wahrlich der Ausspruch des Herrn: — es ist nichts verborgen, das nicht offenbar werde, und ist nichts heimlich, das man nicht wissen werde. Was ich euch sage in Finsterniß, das redet im Lichte, und was ihr höret in das Ohr, das predigt auf den Dächern, (Matth. 10, 26, 27). Dabei müssen denn auch unumgänglich die handelnden Personen vor dem großen Areopag des Huz.

*) Daß diese Mittheilungen öffizielle seien, ist weder von dem Einsender noch von der Redaction behauptet worden. Ned.

blikums erscheinen, denn sie sind Träger der Sachen und Interessen, der Prinzipien, Ideen, Richtungen und Gegensätze, und ich bin weit entfernt, diese Nothwendigkeit irgendwie zu scheuen, oder eine verhüllende und begünstigende Darstellung meiner Mithäufigkeit auf der Synode in Anspruch zu nehmen. Was ich dort gesprochen habe, habe ich gesprochen, und möchte ich auch dieses oder jenes nicht gesprochen haben, so wäre eine derartige Nachreue ja doch für das Geschehene, obwohl nicht für mich selbst, eine vergebliche. Bis jetzt aber befnde ich mich durchaus nicht in einem solchen Falle, und wenn ich beichten wollte, würde ich wohl eher Unterlassungs- als Begehung-Sünden zu bekennen haben. Sollte später kommende Einsicht — denn wer kann sagen, daß er auch in keinem Worte fehle, und nicht gar bald von Schwachheit übereilt werde? — mich belehren, Irrthümer begangen, Missgriffe gethan und Überschreitungen der richtigen Grenzen mir erlaubt zu haben, so würde ich keinen Anstand nehmen, dies offen vor aller Welt zu gestehen, und treuerzig zu sühnen. Darf ich einen Wunsch laut werden lassen, so wird der selbe in Uebereinstimmung mit meinem in der 13. Sitzung für unbeschränkte Veröffentlichung der Synodal-Verhandlungen abgegebenen Votum auf den vollständigen Abdruck der Protokolle nebst allen dazu gehörigen Beilagen gerichtet sein.

Wenn nun aber in den einleitenden Worten des Herren General-Superintendenten und Ober-Consistorial-Rath Dr. Hahn zu den mitgetheilten Bruchstücken der Synodal-Protokolle von mir nur gesagt wird, daß ich der Einzige gewesen sei, welcher unbedingt gegen die Geschäfts-Ordnung protestirt, dann aber sie faktisch anerkannt habe, so könnte dies die Meinung erwecken, als ob ich aus völlig grundloser Nenitenz verneint hätte, und zur Strafe dafür alsbald mit mir selbst in Widerspruch gerathen wäre. Eins wie das Andere muß ich in Abrede stellen.

Sehr wohl wissend, um was es sich auf der Provinzial-Synode wesentlich handle, und über Princip, Tendenz, Charakter und Mandat meiner Vertretung genugsam im Klaren, sonst aber aller Partheisucht abhold, und den obwaltenden persönlichen Antipathieen fremd, mußte ich in der ersten Sitzung gleich nach der Eröffnungsrede des Herren Präses mit Erstaunen, Schmerz und Entrüstung Zeuge und innerlich Mitleidender der Behandlung sein, welcher die Herren Krause und Suckow lediglich deswegen ausgesetzt waren, weil der Erstere eine Anfrage, der Andere einige, schließlich in einen Protest ausgehende Bedenken in Bezug auf die Geschäfts-Ordnung vorgetragen hatte, und meine Amtsbrüder und mich bald darauf Mann für Mann so gebieterisch zu Ja oder Nein aufgefordert sehen, daß sich eine zwiespache, noch heute vor meinem Urteil vollkommen gerechtfertigte Indignation meiner bemächtigte. Allerdings gab sie mir den Impuls zur Verneinung, aber ich erlangte nicht, diese mit Besonnenheit zu motiviren und erachte es für nötig, hiermit nun auch öffentlich zu erklären, daß ich gegen die fragliche Geschäfts-Ordnung gestimmt habe, weil

- 1) die von Krause und Suckow gemachten Einwendungen mit erheblich schienen,
- 2) der Abstimmung (§ 18, 19) keine Discussion vorangegangen;
- 3) der beliebte Modus der Abstimmung ein widerwärtiger,
- 4) § 16 der Geschäfts-Ordnung und damit eine Pflicht, die sich jeder ohnehin von selbst auferlegt, von einigen Mitgliedern der Versammlung verlegt, und
- 5) ungeachtet § 17 von Seiten des Präsidiums dagegen auch nicht einmal der geringste Versuch zum Schutz des Unterdrückten und zur Zurückweisung der Angreifenden in die gebührenden Schranken geschanzt worden war.

Nach Annahme der Geschäfts-Ordnung aber per plurima vota würde jede fernere Opposition dagegen nur thörichter Eigennutz und nutzlos gewesen sein, daher ich es als einzelnes und folglich der Gesamtheit untergeordnetes Mitglied, eben so sehr für Pflicht hielt, mich ihr mit Resignation zu unterwerfen, ja sogar, wo es noth hat, ihre §§ geltend zu machen, als ich mich

zuvor bewogen gefunden hatte, mich gegen sie zu erklären. Außerdem hätte ich ebenfalls ausscheiden müssen, was aber weder meinem Grundsache, den mir angewiesenen Posten da wo es gilt bis auf den lehn Hauch zu behaupten, noch und vielleicht weniger der Centripetalkraft meiner Natur gemäß gewesen sein würde.

Uebrigens hat diese ganze Differenz eine bei weitem tiefere Grundlage und größere Berechtigung, als die Oberfläche gerade Federmann zeigt, und hätte wohl, unbeschadet der auf etwas rauhem Wege erlangten Annahme der Geschäfts-Ordnung, durch Gestaltung der Discussion wenn nicht ausgeglichen, doch um Vieles gemildert und in annähernde Bahnen gelenkt werden mögen. Alle trugemeinten Bemühungen, die nachmals zu diesem Zwecke, namentlich von Haacke aufgewendet wurden, hatten leider nicht den beabsichtigten Erfolg, und wir mussten drei ehrenwerthe Mitglieder aus der Synode hinweggehen sehen, die vielen theuer sind, und auf deren erspriessliche Mitwirkung mit Recht ein großes Vertrauen gesetzt worden war.

Schönbrunn, 26. Januar 1845.

Carstädt.

* Breslau, 30. Januar. Gestern fand die 3te Versammlung der Mitglieder der hiesigen christ-katholischen Gemeinde statt. Das Nähere hierüber veröffentlicht die heutige Schlesische Chronik.

Mannigfaltiges.

* (Berlin.) Am 27sten d. wurde hier der Geburtstag Mozarts durch ein großes Konzert gefeiert, welches der Kapellmeister Möser veranstaltet hat. Es wurden nur Mozart'sche Kompositionen vorgetragen. — Der königl. Oper stehen jetzt fünf auszeichnete Sängerinnen, nämlich die Damen Lind, Palm-Späker, Tucek, Marr und v. Fassmann zur Disposition, und dennoch kann nur selten eine große Oper zur Aufführung kommen, weil der erste Tenorist, Herr Mantius, seit einiger Zeit unwohl ist. Es ist daher zu wünschen, daß die Intendantur auch einige gute Tenoristen anstelle, damit in Krankheits-Fällen einer den anderen würdig vertrete.

— (München.) Die „Sion“ berichtet in einem ihrer letzten Blätter von der Gründung eines Jugendbundes der Jungfrauen in der Pfarrei Ampfing, welcher sich in Folge der dort gehaltenen Mission der hochw. P. P. Redemptoristen seit letzten Allerheiligen gebildet. (Würzb. 3.)

* (Paris.) In Caen ist in der Nacht ein Flügel des Centralgefängnisses eingestürzt. Die Häuslinge retteten sich dadurch, daß sie schnell aus den Betten sprangen und sich an die Mauern drängten, wo sie zum Theil 15 Stunden in der furchterlichsten Lage zubrachten, bevor man sie retten konnte. Der Flügel war fast ganz von alten Leuten bewohnt, von denen ein großer Theil vor Schreck erkrankt ist. Ein Mann wurde unter den Trümmern erschlagen, 2 andere sehr schwer verwundet. — In Orleans hat eine 80jährige Frau 1 Mill. Frs. geerbt, man sagt daß es ihr nicht an Freieren fehle. — Der Fastnachtsochse ist gestern aus Poissy angelangt und wird in unseren Zeitungen geschildert. Er wiegt 3940 Pfds. wenn man dem Constitutionnel glauben wollte. Herr Rolland, der Eigentümer desselben, will als Entgeld für das große Beeststück einen Schenkel an die Küche der Königin von England senden. — Ein wahrer Blaubart, ein gewisser Orion, angeklagt, seine vier Frauen vergiftet zu haben, hat sich der Gerechtigkeit durch einen Messerstich entzogen. Die Leichen seiner beiden letzten Frauen werden unterdessen noch von den hiesigen Giftpärzten untersucht.

Theilräthsel.

Der erste Theil gefällt mir nicht,
Man denkt dabei an's Hochgericht;
Den Tod bereitet Dir sein Hieb,
Doch dreh' ihn um, so ist mir's lieb.
D'atteindre un grand dernier parti —
C'est ce que tous les hommes prient.
Das Ganze, hochgeehrter Löser!

Hast Du als fleißiger Zeitungleser
Zur Zeit gewiß schon in der Hand,
Drum hab' ich's Dir nicht erst genannt.
Bdt.

Logogriph.

Durch mich kannst Herrliches Du schaffen,
Ja Lebendes, doch bildlich nur;
Du mußt nur künstlich nicht erschlaffen,
Der Spur zu folgen der Natur.
Dann lasse Lassen gaffen, klaffen,
Und treibe mich in Feld und Flur,
Auf daß ich Alterlei, — selbst Lassen
Dir schaff und andre Kreatur;
Luft, Wasser, Erde, Blumen, Waffen,
Ja, selbst die menschliche Figur. —
Doch willst Du mich zu Andrem zwingen,
So schieb mir nur ein Zeichen ein;
Ich werde dann nicht anders klingen,
Doch wird mein Wesen anders sein.
Denn was Natur von allen Dingen
Als Bestes gibt aus ihrem Schrein,
Kannst Du durch mich zu Trümmern bringen,
Das Große machen winzig klein;
Und doch wird's — sonderbar — gelingen,
Zu fördern so der Menschen Sein.

F. R.

Aktien-Markt.

Breslau, 30. Januar. Der Verkehr in Eisenbahn-Aktien war mittelmäßig.
Oberschl. Lit. A 4% p. C. 120½ Gld. Prior. 103½ Br.
dito Lit. B 4% p. C. 111 bez. und Gld. 113½ Gld.
Breslau-Schweidn.-Freib. 4% p. C. abgest. 114 Br.
Rheinische 4% p. C. 92½ Br.
Ost-Rheinische Zus.-Sch. 106½ bez. u. Br.
Niederschl.-Märk. Zus.-Sch. p. C. 109½ Br.
Sächs.-Sch. Zus.-Sch. p. C. 109½ Br.
Neisse-Brieg Zus.-Sch. p. C. 96½ Br.
Krakau-Oberschl. Zus.-Sch. p. C. 103½ bez.
Wilhelmsbahns Zus.-Sch. p. C. 105 Br.
Berlin-Hamburg Zus.-Sch. p. C. 115 Br.
Friedrich Wilh.-Nordbahn 98½, ½ u. ¼ bez.

Redaktion: E. v. Baerst und H. Barth.

Verlag und Druck von Graß, Barth und Comp.

Breslau, 30. Januar. Am 28. d. Mis. starb, 73 Jahre alt, an den Folgen eines unglücklichen Falles bei Ausrichtung eines amtlichen Auftrages, der hiesige Rathsdienner Samuel Klose. Er hat 23 Jahre im königlichen Militär, seit 1803, als Unteroffizier gedient, im Jahre 1806 an der Vertheidigung Bressau's Theil genommen, auch in den Feldzügen von 1812, 1813 und 1814 tapfer mitgeschlagen und sich das eiserne Kreuz zweiter, so wie den Kaiserl. russischen St.-Georgs-Dr- den fünfter Klasse erworben. Im Jahre 1817 wurde er, nach ehrenvoller Verabschiedung aus dem königlichen Militär, im hiesigen städtischen Dienste angestellt. In allen Verhältnissen hat Klose einen durchaus rechtlichen Sinn, strenge Pflichttreue, verbunden mit tadellosem sittlichen Wandel und einem unverdrossenen Dienstleifer, mit seltener Lüchtigkeit, die ihn auch im hohen Alter nicht verlassen, bewährt, und dieser seltenen Eigenschaften wegen sich die Achtung und Zufriedenheit seiner Vorgesetzten, so wie die Liebe Aller, die ihn näher kannten, erworben.

Dies betätigte sich besonders bei Gelegenheit seines am 1. April 1843 still begangenen 50-jährigen Amts-Jubiläums, indem er nicht nur durch ein Glückwunschkreis des Hochlöblichen Magistrats und ein von der Wohlköblichen Stadtverordneten-Versammlung bewilligtes kleines Geldgeschenk, sondern auch durch den nicht unbedeutenden Ertrag einer im Stillen unter sämtlichen städtischen Beamten veranstalteten Sammlung erfreut worden ist.

Mühsam und kummervoll war sein Leben, mögen ihm jenseits die hier versagten Freuden im reichlichen Maße zu Theil werden. Dies wünschen Diejenigen aus vollem Herzen, denen der Verdienste im letzten Abschnitte seines Lebens zu dienstlichen Leistungen zunächst überwiesen war.

Geschäfts-Eröffnung.

Ich beehre mich ergebenst anzugezeigen, daß ich mit Genehmigung der hohen Behörde hierorts eine Buchhandlung unter der Firma:

S. & F. Ziegler

errichtet habe. Zahlreiche Geschäfts-Verbindungen im In- und Auslande sezen mich in den Stand, mein Bücher-Lager stets auf das Vollständigste sortirt zu halten, und dasselbe wöchentlich mit den neuesten Erscheinungen der Literatur zu vermehren.

Indem ich mich dem Wohlwollen der verehrten Literaturfreunde empfehle, gebe ich zugleich die Versicherung, daß jeder mir werdende Auftrag stets schnell und pünktlich vollzogen werden wird.

Brieg, im Januar 1845.

J. F. Ziegler, Zollstraße Nr. 13.

Bei J. U. Kern, (Junkernstraße Nr. 7) ist zu haben:

Nonge, Joh. An die katholischen Lehrer. Preis 1½ Sgr.

Preis 2½ Sgr.

An die niedere katholische Geistlichkeit. Zweite Auflage. 2½ Sgr.

Die Hauptsätze der christl. apostol.-kathol. Gemeinde zu Schneidemühl, beleuchtet vom Standpunkt der christlichen Freiheit. Preis 6 Sgr.

Eversky, Rechtfertigung meines Absfalls v. d. römischen Hofkirche ic. 5 Sgr.

Offnes Glaubensbekennniß der christl. apostol.-kathol. Gemeinde zu

Schneidemühl ic. ic. 3¾ Sgr.

</div

Theater-Repertoire.

Freitag, zum ersten Male: „Die Handwerker“, oder: „Die Söhne.“ Drama in 4 Akten von W. Friedrich. — Besetzung: Frau von Clairval, Madame Brüning, Eugenie, Olle, Fünke, Herr von Monnerais, Hr. Pollert, César, Hr. Guinand, Lombard, Hr. Wohlbrück, August, Hr. Linden, Victor, Hr. Müller, Clara, Mad. Wohlbrück, Roussillon, Hr. Schwarzbach, Jakob, Hr. Clausius, Ein Diener, Hr. Gregor, Ein Träger, Hr. Hillebrand. Sonnabend: „Johann von Paris.“ Komische Oper in 2 Akten, Musik von Boieldieu. (Prinzessin, Mad. Koester.) Herr Nottmayer, Herr Mertens, Herr Brauckmann und Mad. Janik sind feant.

F. z. ⓠ Z. I. II. 6. R. ⓡ III.

Entbindung-Anzeige.

Entfernten Freunden und Verwandten die ergebste Anzeige von der am heutigen Tage glücklich erfolgten Entbindung meiner lieben Frau Hedwig, geb. Kern, von einem gesunden Mädchen.

Münsterberg, den 29. Januar 1845.

Dr. Bläschke.

Entbindung-Anzeige.

(Statt jeder besonderen Meldung.) Heute früh wurde meine Frau, Malvine, geb. Magusch, von einem Knaben entbunden. Ratibor, den 28. Januar 1845.

Herrmann Schmiedel,
D. E. G. Assessor.

Todes-Anzeige.

Mit tiefbetrübten Herzen zeigen wir hiermit das am 24. d. M. früh um halb 8 Uhr, erfolgte Ableben des Kaufmann Salomon Simmel jun. ergebenst an.

Breslau, den 30. Januar 1845.

Die hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Diesen Morgen 6 Uhr entschlief nach 36-jährigem Krankenlager meine thure Gattin Auguste Marie, geb. Ré. Indem ich diese Trauerkunde unsern Freunden und Bekannten in der Heimath widme, bitte ich für mich und meine Kinder um stille Theilnahme.

Hilburghausen, den 19. Januar 1845.

C. J. Springmühl,
Apotheker.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen um 4 Uhr starb nach langen Leidern unsere innig geliebte Schwester, Schwägerin und Tante, Fräulein Louise Heyse, in dem Alter von 45 Jahren. Dies zeigen, statt besonderer Meldung, allen teilnehmenden Freunden und Bekannten an: die hinterbliebenen.

Breslau, den 30. Januar 1845.

Der Text für die Predigt in der St. Trinitatis-Kirche, Sonnabend den 1. Februar, Nachmittag 2 Uhr, ist Jesaja 48, 17—22. Mr. Garo.

Fastnacht-Dienstag
den 4. Februar
Großer Maskenball
im Tempelgarten.
C. Seydorn.

Die steiermärkische Musikgesellschaft beeht sich hiermit einem geehrten Publikum anzuseigen, daß sie nunmehr ihre Konzerte in dem von dem Hrn. Baurath Stadt neu erbauten Saal regelmäßig vorsezgen und als erste Einweihung desselben ein Fest-Konzert am Sonntag den 2. Februar veranstalten wird.

Der geräumige Saal, welcher 900—1000 Personen fassen kann, dessen bequeme und elegante Einrichtung und Dekoration, erhöht durch eine brillante Gas-Beleuchtung, eine ausgesuchte reele Bewirthung: Alles wird dazu beitragen, dem geschätzten Auditorium den Aufenthalt hier angenehm zu machen. Zugleich sind in der mittleren Höhe des Saales geräumige Logen, von wo aus die Musik sich besser anhört und welche den Vortheil bieten, daß man den ganzen Saal von dort übersehen kann.

Später Annonen werden die Tage der Konzerte bestimmen.

Weinen tiefen Dank dem Herrn Dr. Süßmann jun. zu Neustadt bei Neusalz, welcher meinen mit einem verkrüppelten Fuße geborenen, jetzt bereits 12 Jahre alten Sohn binnen acht Wochen dergestalt hergestellt hat, daß derselbe jetzt so gut wie ein jeder Mensch gehen kann.

Möge der Allmächtige den edlen Menschenfreund zum Wohle der leibenden Mitbürger noch recht lange erhalten.

Bojanow, den 28. Januar 1845.

Stephan Bleyl, Drechslermeister.

Sollte jemand gesonnen sein, ein aufrechtstehendes oder tafelformiges noch brauchbares Flügel-Instrument gegen ein solitäres liegendes unter billigen Bedingungen zu vertauschen, beliebe seine Adresse Carlsstraße Nr. 41 im Comtoir abzugeben.

Im Verlage von F. E. C. Leuckart in Breslau erschien soeben:

Biblische Geschichte
des alten und neuen Testaments
im Auszuge
für kath. Elementarschulen
mit Beifügung der
Sonn- und Feiertags-Evangelien
aus

Allioli's Bibel-Uebersetzung.
Nach seinem größern Werke bearbeitet von

Dr. Joseph Kabath,
Direktor des katholischen Gymnasiums zu Gleiwitz und königl. Professor.
Mit hoher fürstbischöflicher Approbation.
Neunte Auflage.

Preis: 5 Sgr., geb. 6 Sgr.

Während seines 18jährigen Bestehens ist vorstehendes Elementarbuch nicht nur eins der verbreitetsten geblieben, sondern es erfreut sich aller Konkurrenz ungeachtet eines noch fortwährend steigenden Absatzes, wie dies die immer rascher auf einander folgenden neuen Auflagen am sprechendsten beweisen. — Durch unentgeltliche Beigabe der Sonn- und Feiertags-Evangelien aus Allioli's Bibelübersetzung ist die Verlagshandlung einem allgemeinen ausgesprochenen Wunsche nachgekommen. Die Brauchbarkeit des Buches ist dadurch bedeutend erhöht.

Sehr beliebte neue Tänze.

Im Verlage von F. E. C. Leuckart in Breslau, Kupferschmiedestrasse Nr. 13, Ecke der Schuhbrücke, sind erschienen:

Keine Rosen ohne Dornen.
1 Polonaise, 1 Walzer, 3 Polka, 1 Galopp f. d. Pfe., v. M. Leschnick.

Preis 7½ Sgr.

Lieblings-Contre-Tänze ihrer Majestät der Königin Victoria v. England, nebst dem berühmten Dulcamara-Polka aus der Oper: „Der Liebestrunk von Donizetti“ für das Piano-forte, von F. Olbrich. 5 Sgr.

Mystères de la danse. 3 Mazurées p. l. Piano p. Eugène Kazkowski. 5 Sgr.

Mal-Bouquet. Walzer f. das Piano-forte, von A. v. S. 7½ Sgr.

Die Schwärmeden. Walzer für das Pfe. von Wilhelm Pichardt. Preis 10 Sgr.

Philippinen. Walzer für das Pfe. zu 4 Händen, von B. E. Philipp. Preis 10 Sgr.

Vorstehende Walzer können den längsten Compositionen der neuesten Zeit zur Seite gestellt werden und verdienen vollkommen die ihnen allseits zu Theil werdende Anerkennung.

Dem mit unserer Musikalienhandlung verbundenen, vollständigsten

Musikalien-Leih-Institut

können stets Theilnehmer unter den billigsten Bedingungen beitreten, Auswärtigen werden besondere Vortheile gewährt, welche für die Transportkosten, selbst bei bedeutender Entfernung, vollkommen entschädigen.

F. E. C. Leuckart,
Kupferschmiedestrasse Nr. 13.

Anzeige.

Ein Lehrer, der täglich von 11—12, Mittwoch und Sonnabend auch von 1—4 Uhr frei hat, wünscht diese Zeit mit Ertheilung von Privatunterricht auszufüllen und von Ostern d. J. ab ein oder zwei Pensionäre anzunehmen. Da derselbe schon in einigen sehr achtbaren Familien zu gänzlicher Zufriedenheit wirkt, so wird Herr Direktor Gerlach im evang. Seminar das Nähere mitzutheilen die Güte haben.

Ein mosaischer Lehrer, der zugleich Kantor und Schäfer ist, wird von Ostern ab von der Gemeinde zu Strehlen gesucht. Der fixe Gehalt ist jährlich 150 Rthlr. Darauf Reflectirende, welche sich für qualifiziert halten dieser Stellung zu entsprechen, wollen sich durch frankte Briefe bei dem Vorstand melden und ihre Fähigkeit nachweisen.

Mit dem heutigen Tage endigt mein Contract mit dem wohlhabenden Direktorium der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft hinsichtlich der An- und Abfuhr der Güter nach und von dem Bahnhofe und wird daher dieselbe von morgen ab nicht mehr von mir besorgt.

Breslau, den 31. Januar 1845.

C. F. G. Kärger.

Eine Wirthschafterin, der polnischen und deutschen Sprache vollkommen mächtig, welche einer nicht großen Haus- und Biehwirthschaft vorstehen kann, wird in die Nähe von Ostrowo gesucht. — Auf portofreie Anfragen per Adresse J. Z. Ostrowo poste restante wird das Nähere mitgetheilt.

Auf dem Dominium Jacobsdorf bei Kostenblut stehen 80 Stück mit Körnern gemästete Schöpse zum Verkauf.

Bei Graß, Barth und Comp. in Breslau und Oppeln, so wie in Brieg bei J. F. Siegler, ist aus dem Verlage von G. Bassé in Quedlinburg vorräthig: Gemeinnützige Schrift für Jedermann.

Joh. Heinr. Roth's
Unentbehrlicher Rathgeber
in der deutschen Sprache,

für Ungelehrte, sowie für das bürgerliche und Geschäftsleben überhaupt; oder Anweisung, sich schriftlich und mündlich, ohne Kenntniß und Anwendung der grammatischen Regeln, sowohl im Allgemeinen, als in allen vorkommenden Fällen, im Deutschen richtig auszudrücken und jedes Wort ohne Fehler zu schreiben. Mit besonderer Berücksichtigung des richtigen Gebrauches der Wörter: mir, mich, Ihnen, Sie, dem, den u. s. w. Ein nützliches Hülfsbuch für Jedermann. In alphabetischer Ordnung. Zweite, verb. Aufl. gr. 8. geh. Preis 20 Sgr.

Dieses Roth- und Hülfewörterbuch der Rechtschreibung und Wortfügung in allen zweifelhaften Fällen ist nicht nur für alle diejenigen bestimmt, welche unsere deutsche Sprache richtig sprechen wollen, sondern auch für Alle, welche Briefe und Aufsätze jeder Art fehlerfrei zu schreiben wünschen. Man darf in allen solchen zweifelhaften Fällen nur das betreffende Wort nachschlagen und wird stets die gewünschte Lehre finden.

Erprobte und entschleierte 500 Geheimnisse,
Mittel und Rathschläge aus dem Gebiete der Haus- und Landwirthschaft, sowie der Gewerbe und Künste. Ein Universal-Rathgeber für Jedermann, besonders für Industrievor und Spekulanten. Herausgegeben von Dr. Aug. Schulze. 8. Geh.

Preis nur 15 Sgr.

Alle in diesem Buche enthaltene Mittel sind, fern von allen marktschreierischen, unhaltbaren Anpreisungen, von dem Herausgeber gründlich geprüft und erprobt worden. Dasselbe ist ein wahrer Hausschatz für alle Künstler, Gewerbetreibende und Landwirthe. Und um das Buch recht gemeinnützig zu machen, haben wir einen sehr wohlfeilen Preis dafür gestellt, so daß es Jedermann zugänglich ist. Wir können hier jedoch nur im Allgemeinen den Inhalt desselben andeuten, als: Mittel zur Vertilgung aller Art Flecken aus Seuchen, Büchern, Kleidungsstück, Seidenzeugen, Tuch, Scharlach, Sammet, Pergament, Papier. Waschen mit Kartoffeln, Dampfwäsche, Neuwaschen der Indienne- und Gingham-Kleider, der Seidenzeuche, Bänder, des Spitzengrundes, der Tüle, Blondinen, Strohhüte, Federn; Reinigung der Glasgeräthe, Handtüche, Kupferstücke, von Eisen und Stahl, Silberzeugen, Weißblech, Körben, Möbeln, Bildhauerarbeit, Marmor; Haarpomaden; Wachs; Mittel gegen den Schimmel aller Art; Pomaden, Pulver für die Zahne, kosmetisch Mittel. Aufbewahrung aller Arten Obst, des Fleisches, der Fleischbrühe, des Getreides, Mehles, der Eier, Milch, Trüffeln, des Blumenkohls, der Aprikosen, Feigen, des Baumöls, Pelzwerkes; Mittel gegen alles Ungeziefer, als Kornwürmer, Raupen, Ameisen &c.; Künste in Betreff des Weines, Bieres, Essigs, Kartoffelstärke. Butter zu verbessern; verschiedene Dinten; Viehfutter aufzubewahren; Läcke, Firnis, Farben, Anstriche, Leime und Kitte aller Art. Wohlfeile Heizung, Dachte und Lichte. Schneidende Instrumente zu schleifen; und vieles Andere mehr.

Ferd. Ant. Bechstein:

Der Fang der deutschen Raub- u. Rauchthiere.

Oder: Wie fängt man Füchse, Ottern, wilde Käzen, Baum- und Steinmarder, Iltis, Wiesel, Dachse, Kaninchen, Eichhörnchen, Hamster, Maulwürfe, Ratten, Mäuse und Raubvögel auf die sicherste, unterhaltendste und leichteste Weise. Mit genauer Beschreibung der eisernen und hölzernen Fallen, der Netze, Witterungen &c.

Für Waidmänner, Jagdfreunde &c. 8 geh. Preis 10 Sgr.

Kunst-Notiz.

Einem hochgeehrten kunstliebenden Publicum mache ich hiermit die ganz ergebenste Anzeige, daß ich heute, Freitag den 31. Jan. und Sonnabend den 1. Febr. im Hentschelschen Kaffee-Etablissement, zum ersten Mal eine große, außerordentliche Kunstproduktion in 3 Abtheilungen zu geben die Ehre haben werde, wobei die junge Preußen als Minerva, Göttin der Kunst und Wissenschaft, die geehrten Anwesenden auf das Angenehmste durch ihre neuen erfundenen Produktionen unterhalten wird. Zum Schlusse jeder Vorstellung finden die schwierigsten und gratiösesten Tänze auf Stelen statt. Hierzu lädt ergebenst ein:

Loose, Bauchredner und Mechanitus.

Das Nähere besagen die Anschlagzettel.

Verkauf aus freier Hand.

Mit dem Verlaufe der hierselbst

auf der Oblauer Straße sub Nr. 16 und 17

belegenen Grundstücke beauftragt, habe ich zur Entgegennahme von Meistgeboten im Wege der Privat-Auction einen Termin auf

den 5. Februar 1845, Nachmittags 4 Uhr,

in meinem Geschäfts-Lokale — Nikolai-Straße Nr. 10 und 11 — angezeigt.

Kauflustige können daselbst täglich bis zum 4. Februar 1845, Vormittags von 9 bis 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, die Kaufsbedingungen, Material- und Ertrags-Taxe, so wie die übrigen das Grundstück betreffenden Dokumente einsehen und über sonstige sie interessirende Punkte Auskunft erhalten.

Breslau, den 6. Januar 1845.

Löwe, Königl. Justiz-Kommissarius und Notar.

In frischer fetter bester Qualität

neue holl. Voll-Heringe 45 Stück incl. Gbd.	1½ Rtl.	d. St.	1½ Sgr.
neue holl. Fett-Heringe 50	=	=	1 Rtl.
=	=	=	1 Sgr.
neue engl. Voll-Heringe 45	=	=	25 Sgr.
=	=	=	9 u. 6 Pf.
neue engl. Fett-Heringe 52	=	=	22½ Sgr.
=	=	=	9 Pf.
			6 u. 4 Pf.

In größeren Gebinden und ganzen Tonnen berechne ich bedeutend billigeren Preis.

C. F. Nettig,
Oderstraße Nr. 24, 3 Brezeln.

Nicht zu übersehen.

Auf der Weißgerbergasse Nr. 64, ohnweit der Neufchenstraße, kann auf einer englischen Drehrolle Wäsche gerollt werden.

Höpe, Steinkohlenhändler.

Gras-Saamen.

20 Ctr. Timothegras (Phleum pratense) à Ctr. 12 Rthl. und 4 Ctr. Honiggras (Holcus lanatus) à Ctr. 11 Rthl. bietet das Dominiun Langenhof bei Bernstadt zum Verkauf.

Verlorener Wachtelhund.

In der Gegend von Hochkirch, vor Trebnitz, ist am 29. d. M. ein kleiner weiß- und braungefleckter Wachtelhund, auf den Namen Douglas hörend, mit stählernem Halsband mit rother Schleife, worauf der Name Steinhaus auff. Wallstraße Nr. 4, und mit der Steuermarke Nr. 208 versehen, verloren gegangen. Da an der Wiedererlangung derselben viel gelegen, so wird dem Ueberbringer eine gute Belohnung von obengenanntem Verlierer zugesichert.

Frische Hasen,

gespickt à 9 Sgr., so wie böhmische Hasen, empfiehlt: Seeliger sen.,

Neumarkt- und Kupferschmiedestrasse-Ecke,

Bekanntmachung.
Betreffend die Veräußerung der Wiesauer Kalkbrennerei im Volkenhainer Kreise.

Die bei Wiesau im Volkenhainer Kreise befindliche Kalkbrennerei nebst den damit grenzenden Forstparzellen, „der Weisenberg“ und dem auf Seitendorfer Territorio belegenen Kalksteinbruch, „der Nordstein“ genannt, soll im Wege des öffentlichen Meistgebots zum freien Eigenthum veräußert werden.

Die mit der Kalkbrennerei zu veräußernden Grundstücke bestehen in
2 Mrg. 163 D.R. Hof- u. Baustellen,
13 = 42 = Acker,
28 = 50 = Wald,
— = 166 = Unland und Wege,
überhaupt 45 Mrg. 61 D.R.

Der „Nordstein“ hat 4 Morgen 30 D.R. Flächeninhalt.

Der Verkaufstermin ist auf den 25. Februar dieses Jahres anberaumt worden, und wird in dem Amts-hause zu Klein-Waltersdorf bei Volkenhain abgehalten werden.

Kauflustige werden zu demselben mit dem Bemerkern eingeladen, daß Teber, welcher als Elicitant auftreten will, sich zuvor bei dem Commissarius über sein Zahlungs-Bermögen gehörig ausweisen u. eine Caution von 700 Rthlr. haarr in schlesischen Pfandbriefen, oder auch in Staatschülscheinen mit Coupons, bei der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse oder der Kreissteuer-Kasse in Volkenhain deponirt haben muß.

Die näheren Bedingungen für den Verkauf können in unserer Finanz-Registratur und bei dem Domainen-Beamten Lieutenant Merz in Klein-Waltersdorf zu jeder schicklichen Zeit eingesehen werden. An den legeren haben sich auch die Kauflustigen wegen Besichtigung der Realitäten zu wenden.

Liegnitz, den 9. Januar 1845.

Königliche Regierung.
Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten. Scharfenort.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten königl. Ober-Landesgericht ist über den Nachlaß des am 13. Juli zu Ober-Kühnmalz, Grottkauer Kreises, verstorbenen Ober-Landesgerichts-Referendarius a. D. und Gutspächters Julius Müller heute der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller etwaigen unbekannten Gläubiger, so wie zur Erklärung über die Bewahrung des ernannten Cura-tors Justiz-Commissarius Glazel

auf den 12. März 1845, Vor-

mittags 11 Uhr vor dem Herrn Ober-Landesgerichts-Referendarius Heinze angezeigt werden. Diese Gläubiger werden daher hierdurch aufgefordert, sich bis zum Termine schriftlich, in demselben aber persönlich oder durch gesetzlich Bevollmächtigte, wozu ihnen beim Mangel an Bekanntheit die Justiz-Commissarien, Justiz-Räthe Stöckel I. und Stöckel II. und Schmidt vorgeschlagen werden, zu melden, ihre Forderungen, die Art und das Vorzugrecht derselben anzugeben, und die etwa vorhandenen schriftlichen Beweismittel beizubringen.

Die Ausbl. ibiden werden alle ihren etwaigen Vorrechte verlustig gehen, und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verwiesen werden.

Ratibor, den 29. Oktober 1844.

Königliches Ober-Landes-Gericht.

Substations-Bekanntmachung.

Zum notwendigen Verkaufe des hier auf der Rosenthaler Straße Nr. 8 belegenen, den Bierbrauermeister Chuballa'schen Gheleuten gehörigen, auf 20,905 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf. geschätzten Hauses, nebst Garten haben wir einen Termin auf den 15. April 1845 Vormittags um 11 Uhr vor dem Herrn Ober-Landes-Gerichts-Professor Fürst in unserm Parteizimmer anberaumt. Taxe und Hypothekenschein können in der Substations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 16. September 1844.
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Das den Rittergutsbesitzer Schubert'schen Erben gehörige, im Fürstenthum Liegnitz und dessen ersten Kreise zu Erbrecht gelegene Rittergut Ober- und Nieder-Royn, aus zwei im vorzüglichsten Bauzustande befindlichen Vorwerken und einem noch nicht ausgebauten Schlosse bestehend, zu welchem an Eckern, Hofraum, Gärten, Wiesen, Leichen, Gräser, Hütung, bewässerten Gräben, Sandgruben und Forst eine Fläche von 1563 Morgen 120 D.R. gehört, soll im Wege der Theilung an den Meist- und Bestbietenden verkauft werden.

Zur Abgabe der Gebote habe ich, als mit diesem Geschäft beauftragt, einen Termin auf den 3. März, Vormittags 10 Uhr, in meinem Geschäftszimmer (Frauenstr. 522) anberaumt, zu welchem ich Kauflustige mit dem Bemerkern einlade, daß die näheren Kaufbedingungen in meiner Kanzlei, bei dem Hrn. Lieutenant Schubert auf Ober-Kunz und dem Wirthschafts-Amt zu Royn eingesehen werden können.

Liegnitz, den 21. Januar 1845.
Hasse, königl. Justizrath.

Morgen Sonnabend den 1. Februar Eröffnung meines baierschen Bierkellers mit Stönsdorfer Lagerbier, Restauration und Billard, wo zu ergebenst einladet: F. Sinnermann, Schweidnitzer- und Junkern-Straßen-Ecke, im grünen Adler.

Bekanntmachung.

Die der hiesigen Stadt-Gemeinde gehörige sogenannte Werder-Mühle, welche Ende Juni künftigen Jahres pachtlos wird, soll mit dem am westlichen Siebel derselben gelegenen Windwerksgebäude und einem Theil des Platzes vor der Mühle, verkauft werden, wozu wir auf den 11ten Februar künftigen Jahres,

Vormittags um 10 Uhr, auf dem rathäuslichen Fürsten-Saale einen Elicitations-Termin anberaumt haben.

Die Mühle ist massiv gebaut, am Oderstrom gelegen, hat 6 Pansier- und 2 Staberrad-Gänge mit stets hinreichenden Wasser zum Betriebe.

Die Verkaufs-Bedingungen so wie der Situations-Plan der Mühle liegen in unserer Rathsdienner-Stube zur Einsicht bereit.

Breslau, den 23. Dezember 1844.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Nothwendiger Verkauf.

Die zu Halbendorf bei Grottkau gelegene, den Amand Hauck'schen Erben gehörige ländliche Erbscholtsei Nr. 1, von 329 Morgen 81 D.R. Acker, circa 70 Morgen Freiwiesen und Freiäcker, Garten, Busch, mit einer bedeutenden Brantweinbrennerei, Siegeli und Kretscham, zusammen auf 37,316 Rthlr. 28 Sgr. 4 Pf. geschätzt, wovon jedoch 13,871 Rthlr. 5 Sgr. auf die Gebäude kommen, ferner das Bauergut Nr. 2 daselbst, 3931 Rthlr. 1 Sgr. 8 Pf. gewürdigt, der Erlenbruch Nr. 125 auf 580 Rthlr. taxirt und die Freilecker und Wiesen Nr. 26, 65, 86 zu Halbendorf, zusammen auf 285 Rthlr. geschätzt, sollen

am 14. April 1845 Vorm. 11 Uhr auf dem hiesigen Stadtgerichte theilungshalber nothwendig subhastirt werden, wozu Kauflustige mit dem Bemerkern eingeladen werden daß Taxe und Hypothekenschein in unserer Registratur einzusehen sind.

Zu diesem Termine werden auch nach § 99 f. Tit. 51 der Prozeß-Ordnung alle etwaigen unbekannten Realpräidenten zur Meinung der Ausschließung geladen.

Grottkau, den 17. Septbr. 1844.

Königliches Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.

Die dem minorenen Carl Jung gehörige, dicht bei Neisse am Biele-Kanal gelegene, so genannte Carlauer oder Biehweg-Mühle nebst Beigelaß soll im Termine den 13. März c. Nachmittags 3 Uhr an ordentlicher Gerichtsstätte meistbietend verpachtet werden.

Kaufstättige Wächter werden zur Abgabung von Geboten hiermit aufgefordert.

Neisse, den 21. Januar 1845.

Königliches Fürstenthums-Gericht.

K o n g.

Bekanntmachung.

Der Wundarzt Huntemann zu Koschentin beabsichtigt auf einer ihm eigenhümlich gehörigen Ackerparzelle, welche nördlich an der Lubliner Straße gelegen, eine neue Holländische Fuß-Windmühle mit zwei deutschen Mahlgängen aufzubauen, um darauf eigenes und fremdes Mahlgut zu verarbeiten.

In Folge des Gesetzes vom 28. Oktober 1810 bringe ich dies Vorhaben hiermit zur öffentlichen Kenntniß, und fordere zugleich alle diejenigen, welche dagegen ein Widerprüfungsrecht zu haben vermönen auf, dasselbe innerhalb acht Wochen vom Tage dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei mir anzumelden, indem auf spätere Einwendungen nicht geachtet, vielmehr die Ertheilung der Concession bei Einer Königlichen Regierung beantragt werden wird.

Lubliniz, den 28. Dezember 1844.

Der Königliche Landrat v. Koscielski.

Berloren wurde eine silberne Kapsel - Uhr, eine Busen-Nadel mit böhmischen Steinen, in Gestalt einer Blume. Dem Finder wird eine angemessene Belohnung nachgewiesen beim Hrn. Uhrmacher Glasch, Nikolaistr. Nr. 5.

Masken-Anzeige.
Neue Charakter-Masken und Burnusse in bester Auswahl empfehlt:

Schramm, Junkernstraße Nr. 7.

Larven

in größter Auswahl, als auch Floraugen und Maskenzeichen empfehlt zu den billigsten Preisen die Galanterie- und Kinderspielwaren-Handlung Samuel Liebrecht, Ohlauerstr. Nr. 83, dem blauen Hirsch gegenüber.

Zu vermieten.

Karlsstraße Nr. 30 ist die zweite Etage, bestehend aus 5 großen Zimmern, einem großen verschlossenen Entre, Domestikenstube, Küche und Zubehör an einen ordentlichen ruhigen Miethier für 260 Rthlr. zu Ostern zu vermieten. Eben daselbst in der dritten Etage 4 Zimmer, Alkove, Entre und Zubehör für 140 Rthlr. zu Johanni zu beziehen. Näheres zu erfragen Neue Schweidnitzerstraße Nr. 3 b., zwei Treppen.

Morgen Sonnabend den 1. Februar

Frische starke Hasen,

gut gespickt, verkauft fortwährend 9 Sgr. das Stück, so wie auch Rebwild, böhmische Fasanen und Rebhühner zu den billigsten Preisen und empfiehlt: H. Koch, Wildhändler, Buttermarktseite Nr. 5 im Keller, Eingang der Einwandreiter, links.

Wo sind die billigsten Hasen?

In der Stockgasse im Keller kostet das Stück gespickt nur 8 Sgr. Um gütige Abnahme bitten: Pantke, Wildhändler.

Einen bedeutenden Transport

frischer böhmischer Fasanen

erhielt ich so eben und verkaufe das Paar der schönsten für 2 Rthl. 10 Sgr.

Lorenz, Wildhändler, Fischmarkt Nr. 2 im Keller.

Wohnungen und Gartenbenutzung sind dem Freiburger Bahnhofe geradeüber im Gasthause zur Stadt Freiburg zu vermieten u. Ostern c. zu beginnen.

Zu vermieten und in Termino Ostern a. c. zu beziehen im ersten Stock des Hauses Nr. 15 in der Breitenstrasse eine Wohnung von 5 Stuben nebst Zubehör. Das Nähere ebendaselbst im Hause bei dem Haushälter Sommer.

Zum Landtage sind ein oder zwei elegant möblierte Zimmer, nahe der Börse, zu vermieten; das Nähere Ring Nr. 14 in der Handlung von Simm und Mugdan.

Zu vermieten und bald oder zu Ostern d. J. zu beziehen, am Roßmarkt Nr. 3, Comtoir und offenes Verkaufsgewölbe, so wie auch Stallung für ein Pferd. — Das Nähere beim Haushälter, Blücherplatz Nr. 14.

Ring Nr. 19

ist der Hausladen zu vermieten, und das Nähere daselbst zu erfahren.

Zu vermieten

ein möbliertes Zimmer Neuschbestrasse Nr. 43, und zu erfragen eine Treppe hoch daselbst.

Zum Landtage

ist Blücherplatz Nr. 18 ein schön möbliertes Zimmer und Kabinet zu vermieten.

Ein im besten Zustande aufgestelltes Billard ist auf eigne Rechnung anderweitig zu verpachten. Das Nähere Kupferschmiede Nr. 38, drei Stiegen.

Zu Ostern zu beziehen ist Gartenstraße 34 in ersten Stock eine Wohnung von 4 Stuben, mit und ohne Pferdestall.

Zum 1. Febr. oder über die Dauer des Landtages ist Neumarkt Nr. 38 im dritten Stock, vorn heraus, ein meubliertes Zimmer zu vermieten.

Zu vermieten und bald zu beziehen ist ein schön möbliertes geräumiges Zimmer nebst Kabinet in der Nähe des Ringes. Zu erfragen Herrenstr. 25, im Kleidergewölbe.

Albrechtsstraße Nr. 8 ist eine möblierte Stube zu vermieten. Das Nähere ist im Gewölbe zu erfragen.

In der Lauenzenstraße, dritte Etage, vorn heraus, sind zu Ostern zwei hübsche Zimmer mit guten oder ohne Meubles zu vermieten. Näheres Lauenzenstraße Nr. 36 c. im Hinterhause, erste Etage.

Ein gebrauchter Stütz-Flügel, 6-ovkt., steht zu dem Preise von 40 Rthlr. zu verkaufen am Ringe in den 7 Kurfürsten, Bel-Etage, beim Instrumentenbauer.

Eine geübte Putzmacherin findet bald ein empfehlenswertes Unterkommen, wo? sagt Fräulein Blumauer im Mühlehof am Roßmarkt.

Offene Milchpacht von circa 40 Kühen beim Dom. Baumgarten, Breslauer Kreis, von Ostern d. J. ab.

Angekommene Fremde.

Den 29. Januar. Hotel zum weißen Adler: Prinz Biron v. Curiand aus Wartenberg. Hr. Gr. v. Potulicki a. Gr. Herz Posen. H. Gutsbesitzer von Tschiricht aus Schlitz, Möcke a. Stradam, Peißler a. Ob. Brockenbör. Hr. Correctionshaus-Director Schück a. Schweidnitz. H. Kaufl. Heinrich a. Hainau kommend, Blum a. Hainau, Kühn a. Stettin. Hr. Decon. Schmidts a. Nielen-cin. Hr. Ober-Insp. Pape aus Berlin. —

Universitäts-Sternwarte.

29. Januar 1845.	Barometer 3. E.	Thermometer inneres. äußeres.	feuchtes niedriger.		Wind.	Gewöl.
			1.	6		
Morgens 6 Uhr.	26°11, 36	+ 1, 2	—	1, 6	0, 4	10°
Morgens 9 Uhr.	11 80	+ 1, 4	—	1, 2	0, 4	3°
Mittags 12 Uhr.	11 80	+ 2 2	+	0, 6	0, 2	4°
Nachmitt. 3 Uhr.	27 0 04	+ 2, 4	+	1, 0	0, 5	6°
Nachs. 9 Uhr.	1, 10	+ 1, 8	—	1, 4	1, 0	7°

Temperatur-Minimum — 1, 6 Maximum + 1, 0 Oder 0, 0